

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1.50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1.90.

Herausgeber: Joh. Staningh, veranw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schlaf der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreizehntägige Beilage oder deren Raum 30 4.

Inhalt: Krieg oder Frieden? — Der Gesehentwurf über Arbeitskammern. — Politische Umschau. — Maurer-Bewegung: Streiks, Aussperrungen, Mahregelungen, Differenzen. — Was sich heute alles Arbeiterorganisation nennt. — Streikbrecher-Berichterstattung. — Befestigung des Verbandes. — Quartalsabrechnung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. — Berichte. — Aus der Schweiz. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterrechnung, Submissionsen etc. — Aus Unternehmertreuen. — Verzeichnisse. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Ornamentierter Bauhau.

Krieg oder Frieden?

Nur noch wenige Tage trennen uns von dem 31. März, dem nach dem Willen unseres Unternehmerbundes kritischen Tage erster Ordnung. Keine der bisherigen Verhandlungen hat zu einem Vergleich, zu einem für die baugewerblichen Arbeiter annehmbaren Frieden geführt. Die ersten Verhandlungen in Frankfurt a. M., Essen, München, Dresden, Breslau usw. sind, wie unsere Leser wissen, vollständig resultatlos verlaufen. Hart auf hart standen sich die Meinungen der Arbeiter- und Unternehmervertreter gegenüber; die letzteren wollten kein Tipfelchen von ihrem „Mustertarif“ ablassen, während die Vertreter der Arbeiterverbände mit allem Nachdruck das Unmöglichkeit solcher Tarifverträge betonten. Ohne das Wort „tätig“ und ohne das verhängnisvolle Agitationsverbot kein Vertrag, war der Schlussrefrain der Unternehmer; eben so fest, aber mit besseren Gründen belegt, vertraten die Arbeiter den gegenwärtigen Standpunkt.

Zwischen hat sich in Unternehmertreuen — zunächst bei den Vorständen des Mitteldeutschen Verbandes und der rheinisch-westfälischen Verbände — eine Wandlung vollzogen. Kurz vor der zweiten Verhandlung in Frankfurt, die auf den 16. März anberaumt war und an diesem Tage auch stattgefunden hat, äußerten die Vorstände der genannten Unternehmerverbände das Bedürfnis, eine Zwischenkonferenz mit Vorstandsvertretern der in Frage kommenden Arbeiterverbände abzuhalten, um für die weiteren Verhandlungen in ihren Bezirken eine neue Basis zu schaffen. Diesen Wunsch stimmten die Vorstände der Arbeiterverbände zu, worauf am 14. März in Coblenz folgende Friedenspräliminarien festgesetzt wurden:

1. Die Vorstände der genannten Unternehmerverbände beantragen bei dem Vorstand des Unternehmerbundes, das Wort „tätig“ in dem Mustertarif zu streichen; ebenfalls beantragen sie die Streichung der Worte „bei sofortiger Entlassung“ in dem Agitationsverbot sowie die Einfügung der Worte „während der Arbeitszeit“. Sodann würde das Verbot wie folgt lauten: „Jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle während der Arbeitszeit ist verboten.“

2. Die Vorstandsvertreter der Arbeiterverbände erklären sich bereit, bei ihren Auftraggebern, dahin zu wirken, daß sie in den Bezirken der hier vertretenen Unternehmerverbände auf zwei Jahre von der Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden und von einer allgemeinen Lohnerhöhung in diesem Jahre Abstand nehmen. Nicht ausgeschlossen soll sein ein Ausgleich der Löhne nach oben in Bezirken, die nach Abschluß des jetzigen Vertrags zu einem Stadt- beziehungsweise Interessengebiet vereinigt worden sind.

Die Unternehmervertreter waren zwar mit dieser Konzeption nicht zufrieden, sondern sie verlangten den Bericht auf Lohnerhöhung für zwei Jahre. Darauf konnten und wollten die Arbeitervertreter jedoch nicht eingehen, da es durchaus nicht ausgeschlossen erscheint, daß im nächsten Jahre die Konjunktur wieder so im Flor ist, daß man die durchaus notwendige Lohnerhöhung auch mit Scheingründen nicht bekämpfen kann. Dagegen wären die Arbeitervertreter bereit, unter Ver-

zicht auf die erwähnten Forderungen, einem Vertrage von einjähriger Dauer bei ihren Auftraggebern das Wort zu reden. Da aber die Unternehmervertreter auch hierauf nicht eingehen wollten, blieb die Lohnfrage strittig. Immerhin ist durch die vorbehaltliche Streichung des Wortes „tätig“ und Milderung des Agitationsverbots einerseits sowie durch den vorbehaltlichen Bericht auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung andererseits eine neue Grundlage für die Verhandlungen in den westlichen Landesteilen Deutschlands geschaffen worden.

Die Verhandlungen in Frankfurt waren eigentlich nur eine Wiederholung und Bestätigung der Coblenzer Beschlüsse. Die Frage, ob zweijähriger Vertrag mit Lohnerhöhung im zweiten Jahre oder einjähriger Vertrag und Verhandlungen über den Lohn im nächsten Jahre würde auch hier nicht entschieden. Im übrigen ist der Tarifvertrag des Mitteldeutschen Unternehmerbundes wie folgt abgeändert worden:

Entwurf des Unternehmerverbandes.

§ 3.
Ueberstunden sowie Nachtarbeit, Sonntagsarbeit und Arbeit an gesetzlichen Feiertagen sind in besonderen Fällen auf Verlangen des Arbeitgebers zu leisten.

§ 10.
Jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle ist bei sofortiger Entlassung verboten.

(Die Versammlungsfreiheit bestand schon, sollte nun aber nach dem Willen des Unternehmerverbandes beseitigt werden.)

Kommmissionsbeschlüsse.

§ 3.
Dasselbe mit dem Zusatz: „... und sind nur dann gestattet, wenn Menschenleben in Gefahr sind, schwere Schädigungen des Betriebes entstehen oder der öffentliche Verkehr gehindert wird.“

§ 10.
Jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle während der Arbeitszeit ist verboten. (Nun gelten nicht als Arbeitszeit) ... Den Organisationen ist gestattet, bis zu fünfmal im Jahre von der Verlegung an Versammlungen einzuberufen, mit der Maßgabe, daß den Vorständen der Arbeitgeberverbände drei Tage vor der Versammlung hiervon Mitteilung gemacht wird. (Maurer und Bauhilfsarbeiter müssen die Versammlung an demselben Tage abhalten.)

Stets nach der Konferenz in Coblenz scheint der Vorstand des Unternehmerbundes von dem Ergebnis der Unterhandlung verständigt und bei ihm die Anberaumung einer Vorstandssitzung beantragt worden zu sein. Die schon früher auf den 25. März festgesetzte Zusammenkunft des Bundesvorstandes, zu dem Herren von allen namhaften Bezirksverbänden gehören, hat sicherlich schon in der verflochtenen Woche stattgefunden, worauf auch die Verschiebung der geplanten Verhandlungen in München und Essen zurückzuführen sein dürfte. Wie sich der Vorstand des Unternehmerbundes für das Baugewerbe entschieden hat oder in den nächsten Tagen entscheiden wird, ist vorläufig noch kein Geheimnis. Wahrscheinlich erfahren wir es noch in dieser Woche, die weder der Unternehmerverband in München, noch der Verband in Frankfurt a. M. verstreichen lassen kann, ohne erneut zu verhandeln. Bei diesen Unterhandlungen aber wird der Bund kaum umhin können, sein letztes Wort, sei es Krieg oder Frieden, verkünden zu lassen. Die Arbeitervertreter haben ihr möglichstes getan, um den Frieden zu sichern. Will der Unternehmerbund nicht denselben Weg gehen — nun, so muß der Krieg entschieden.

Einer Anregung des Professors Dr. Franke, Herausgeber der „Sozialen Praxis“, folgen, haben sich die Vorstände der in Betracht kommenden Zentralverbände und der Vorstand des Unternehmerbundes für das Baugewerbe in den letzten Tagen mit der Frage beschäftigt, ob es ratsam sei, unter unparteiischer Leitung in Berlin eine Vertreterkonferenz abzuhalten, um zu versuchen, die noch bestehenden prinzipiellen Schwierigkeiten in der Tariffrage zu beseitigen. Die Vorstände

der beiderseitigen Organisationen haben der Anregung zugestimmt und gleichzeitig beschlossen, am Mittwoch dieser Woche zu diesem Zweck zusammenzutreten. Als Vorsitzende bezw. Beisitzende sind die Gewerbegerichts-vorsitzenden Dr. v. Schulz-Berlin und Dr. Brenner-München sowie der ständige Beigeordnete Dr. Wiedersheim in Aussicht genommen. Wahrscheinlich dürften alle drei Herren dem Rufe folgen. Durch die Konferenz in Berlin werden natürlich die Verhandlungen in den einzelnen Orten und Bezirken nicht hinfällig. Wahrscheinlich wird ja in Berlin neben der allgemeinen Fassung der Verträge auch die Lohnfrage besprochen werden; die Festsetzung der Löhne und der verschiedenen Ortsgebräuche muß jedoch der örtlichen Verhandlung vorbehalten bleiben.

Der Gesehentwurf über Arbeitskammern.

In der Nr. 7 unseres Blattes haben wir den hauptsächlichsten Inhalt des dem Bundesrat zugegangenen, im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Gesehentwurfs, betreffend die Errichtung von Arbeitskammern mitgeteilt. Wir wollen diesen Entwurf heute einer kritischen Betrachtung unterziehen. Für uns handelt es sich dabei um die Klarstellung einer Frage von erheblicher sozialpolitischer Bedeutung, um deren befriedigende Lösung wir uns vom Standpunkte der Sozialdemokratie und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft aus nun schon vier Jahrzehnte mühen haben — um die Frage der Schaffung einer gesetzlich geregelten öffentlich-rechtlichen Interessenvertretung der Arbeiter. Die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die stetig zunehmende Verschärfung der Interessengegenstände zwischen Arbeit und Kapital hat die Regelung und Fortentwicklung des Arbeitsverhältnisses, des Arbeiterschutzes, des Arbeitsrechtes zu einer unabweisbaren Notwendigkeit gemacht. Dieser Notwendigkeit kann nur genügt werden durch direkte Mitwirkung der Arbeiter in einer eigens zu diesem Zweck von Gesetzes wegen errichteten Körperschaft mit öffentlich-rechtlichem Charakter, oder sogar mit öffentlich rechtlicher Autorität.

Es ist das ein Gedanke, den die Sozialdemokratie bereits seit dem Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts vertritt, und zwar in logischem Zusammenhang mit ihrer Forderung des Arbeiterschutzes. Sie hat des öfteren entsprechende Anträge im Reichstage gestellt, respektive gründlich ausgearbeitete Gesehentwürfe vorgelegt. Von Seiten der bürgerlichen Parteien wurden diese Bestrebungen bis zum Jahre 1890 ignoriert oder bekämpft. Sie wollten nicht zugeben, daß die Arbeiterklasse, wenn denn überhaupt von ihrer wirtschaftlichen Gleichberechtigung neben dem Kapital die Rede sein soll, dasselbe Recht auf eine zweckmäßige körperliche Vertretung ihrer Interessen hat, wie die übrigen Klassen der Gesellschaft in den Handelskammern, den Gewerbekammern, den Innungen, den Landwirtschaftskammern.

Im Jahre 1890 vollzog sich ein Umschwung in der Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zu dieser Frage. Er wurde bewirkt nicht sowohl durch freie und selbständige Erwägung und Entschloßung, als vielmehr durch den vielberufenen Februar-Erlaß des Kaisers Wilhelm II. In diesem Erlaß ist gesagt:

„Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebervertretern mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich

aber die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten."

Die allgemeine Anschauung ging dahin, daß eine Vertretung der Arbeiter geschaffen werden sollte, die das Interesse der Arbeiter selbständig und unabhängig sowohl den Unternehmern wie der Regierung gegenüber zu vertreten berufen sei. Das wurde als eine sichere Zusage erachtet, deren baldiger Erfüllung sich die Regierung nicht werde entziehen können. Aber trotz allen besonders von sozialdemokratischer Seite gemachten Anstrengungen, trotz mehreren Interpellationen im Reichstage und trotz mehreren Beschlüssen des Parlaments, die Regierung zur Erfüllung zu veranlassen, erfolgte diese nicht. Immer gab die Regierung teils ausweichende, teils direkt abweisende Erklärungen, die in schroffem Gegensatz standen zu der sozialen Idee, zu der sich der Kaiser in seinem Februar-Erlaß bekannt hatte. Der Reichsfürst Fürst Hohenlohe vertritt den Reichstag auf, das Resultat der in Angriff genommenen Vorarbeiten", während der preussische Minister v. Berlepsch (der heutige Säulenheilige der "Sozialen Praxis") meinte, "man möge doch nichts Falsches aus dem Februar-Erlaß herauslesen"; vor allem sei es ein "Gebot der Vorsicht, nicht ein Gesetz zu machen, ehe es dahin geprüft sei, ob nicht die sozialdemokratischen Organisationen durch dasselbe gestärkt werden, ob nicht die sozialdemokratischen Agitatoren durch ein solches Gesetz in die Lage gesetzt werden, das Gift, welches sie unserer Arbeiterklasse beibringen, in stärkeren Dosen anzuwenden"; die Sozialdemokratie "mißbrauche ja alle Organisationen für ihre Sezession".

Statt die kaiserliche Zusage zu erfüllen, trug die Regierung kein Bedenken, Versuche zu unternehmen, die Arbeiterklasse durch neue Ausnahmegesetze zu knebeln. Man erinnere sich der Umsturzgesetzbefugnisse und der Zuchtgesetzbefugnisse! Hauptächlich die letztere war geradezu darauf gerichtet, die solidarische Selbsthilfe der Arbeiter, ihre freie Interessenvertretung, die gewerkschaftliche Organisation, zu zerstören, die Arbeiter der Willkürherrschaft des Unternehmertums zu überantworten.

Jetzt endlich scheint sich die Regierung mit dem "Gebot der Vorsicht" gegenüber dem "sozialdemokratischen Gift" abgefunden zu haben, um das "kaiserliche Versprechen" vom 4. Februar 1890 in ihrem Sinne zu erfüllen. Im Zuge der dem Spott und der Verachtung aller vernünftigen und ehrlichen Menschen verfallenen Blockpolitik will sie ein sozialpolitisches Experiment wagen.

Der Arbeitskammer-Gesetzentwurf ist weit davon entfernt, eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter-

klasse zu schaffen. Man kann nur mittelbar lächeln zu der Behauptung in der Begründung des Entwurfs, daß mit diesem "das in dem kaiserlichen Erlaß vom 4. Februar 1890 gegebene Versprechen erfüllt wird". In Uebereinstimmung mit der erdrückenden Mehrheit der Arbeiterklasse aller Parteirichtungen steht die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, daß eine wirkliche und ausreichende Interessenvertretung der Arbeit sich nur in folgendem organisatorischen Aufbau begreifen läßt:

1. Arbeiterkammern, Körperschaften, die nicht auf paritätischer Grundlage beruhen, nicht von Arbeitern und Unternehmern gebildet werden, sondern eine reine Arbeitervertretung sind. Die Arbeiter müssen in der Lage sein, völlig selbständig und unabhängig in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft ihre Interessen wahren zu lassen, genau so wie die Handels- und Gewerbekammern es das tun.

2. Arbeitsämter mit paritätischer Vertretung, gemeinsam von Arbeitern und Unternehmern gebildet. Solch eine Vertretung neben der reinen Arbeitervertretung kann für gewisse Zwecke nicht entbehrt werden.

3. Ein Reichsarbeitsamt, ausgestattet mit den entsprechenden Kompetenzen.

Was der vorliegende Gesetzentwurf der Regierung will, reicht auch nicht entfernt an eine solche Organisation heran. Zunächst weist er das Prinzip der reinen Arbeitervertretung grundtätig zurück. In seiner Begründung heißt es:

"Nur auf dem Wege gemeinsamer Vertretungen kann es gelingen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer in engere Fühlung zu bringen, und nur bei einer gemeinsamen Tätigkeit ist die Möglichkeit gegeben, daß der eine Teil die Ansichten des anderen Teil kennen und sie auch von seinem Standpunkt aus verstehen und würdigen lernt. Damit ist aber eine wesentliche Vorbedingung zur Witterung und Ausgleichung der bestehenden Gegensätze geschaffen. Hierfür mußte also in erster Linie Sorge getragen und die Einrichtung von Vertretungen vorgebracht werden, die aus einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengefaßt sind. Dementsprechend war der Wirkungsbereich der Kammern dahin zu bestimmen, daß sie den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen und die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen haben."

Was der Entwurf in dieser Richtung an gesetzlichen Bestimmungen vorschlügt, ist eine höchst merkwürdige Art der "Pflege des wirtschaftlichen Friedens". Er will eine Einrichtung, die geradezu darauf berechnet ist, die freie und selbständige Arbeiterorganisation auszuwischen und lahmzulegen, das Arbeitsverhältnis zum herrschenden und entscheidenden Faktor für die Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu machen. Die

"Arbeitskammern" sind nicht gedacht als selbständig untersuchende, vorschlagende und bestimmende Organe, sondern als Hilfsorgane der Staats- und Gemeindefürsorge. Es wird ihnen gnädig zugebilligt, diese Behörden, durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Sie sollen gewisse Gutachten auf Ansuchen der Behörden und nach Maßgabe einiger Vorschriften der Gewerbeordnung erstatten. Und sie sollen befugt sein, Anträge an gesetzgebende Körperschaften und Behörden zu richten — was doch füglich das Recht jedes Staatsbürgers ist —, sowie bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern als Einigungsamt zu fungieren.

Soll es sich denn einmal allein um Arbeitskammern handeln, so hat der Reichstag einen sehr leicht gangbaren Weg gezeigt mit seinem fast einmütigen Beschluß vom 16. Januar 1901, wonach die Gewerbegerichts- und Arbeitskammern ausgestellt werden sollen.

Es ist eine von der Sozialdemokratie nicht nur, sondern auch von der Arbeiterklasse anderer Parteirichtungen und von bürgerlichen Sozialpolitikern erhobene Forderung der Gerechtigkeit, daß es ankommt auf die Wahrung und Förderung der Interessen aller Arbeiter, nicht nur der gewerblichen, sondern auch der im Handel und Verkehr, bei der Land- und Forstwirtschaft, in der Seimarbeit, Schifferrei und Fischerei tätigen. Der Entwurf aber lehnt diese Forderung rigorös ab. Er nimmt eine geradezu lässliche Einschränkung vor. Die "Arbeitskammern" sollen gebildet werden nur von den Unternehmern und Arbeitern, die als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung (Titel VII) anzusehen sind, nicht auch, die innungsrechtlich begünstigten Unternehmer und Arbeiter des Handwerks, auch nicht die Landarbeiter, die des Handels, der Schifferrei, Fischerei usw. Die Handwerksgehilfen vom Gesetz ausgenommen sein sollen, wird damit motiviert, daß sie ja schon eine Vertretung in den Gesellenauschüssen hätten!

Man sollte es kaum für möglich halten, daß die Herrschaft vom Regiment nicht davor zurückschrecken, auf die Gesellenauschüsse Wert zu legen! Was sind diese dann anders, als eine plumpe und absurde Dekoration des Innungswesens? Sie, die den Schein einer Interessenvertretung der Gesellen vorzutäuschen sollen, haben keinen Anspruch darauf, respektiert zu werden. Von Anfang an sind die Gesellen des Handwerks ihre entschiedensten Gegner gewesen. Nach der Absicht ihrer Urheber sollten sie dazu dienen, die gewerkschaftliche Organisation der Gesellen beiseite zu schieben und zu durchbrechen. Die Innungsmeister und damit auch der Gesetzgeber haben mit dieser Einrichtung ein völliges Fiasko gemacht.

Ornamentierter Raupputz.

Eine neue Technik der Wanddekoration.

Von Fred God, Architekt.

(Nachdruck verboten.)

Lange Zeit hindurch strebten wir beim Verputzen von Wänden und Decken eine möglichst glatte Fläche an, sei es, daß sie mit Tapeten beklebt oder mit Anstrich und Malereien versehen werden sollte. Eine feine Malerei verlangte naturgemäß eine besonders gute Behandlung der Fläche, die in der Regel nur durch Glättung von Gips zu erreichen war. Erst in jüngerer Zeit ist man wieder — denn die Technik ist an sich nicht neu — darauf verfallen, gestülpte Wirtungen der Innendekoration durch ornamentale Behandlung des Putzes selbst herbeizuführen, und zwar durch abwechselnde Verwendung von rauhen und glatten Flächen, durch Einfügen stütziger Linien in den Raupputz usw. Wir haben hier keineswegs an komplizierte ornamentale Arbeiten zu denken, wie sie z. B. die Stuckriege unserer Paläste darstellen, sondern an ganz simple geometrische Linien, die aber vollkommen ausreichen, die Fläche in interessanter Weise zu beleben, schöne Töne und Schatteneffekte herbeizuführen, Friese, Bänder, Paneele, Felder darzustellen und zu begrenzen. In Berliner Neubauten, und zwar gerade solchen vornehmsten, zum Teil sogar monumentalen Charakter, bin ich dieser Wanddekoration jetzt sehr häufig begegnet. Man wendet sie zwar nicht gerade in Wohnzimmern und Salons an, wohl aber in Vestibülen, Treppenhäusern, Restaurants und Cafés usw. In ganz umfänglicher Weise bediente man sich dieser Technik z. B. in dem prächtigen Hotel "Fürstentum", das die Wohnungsgesellschaft in Berlin erbaute, dieselbe Firma, die auch das luxuriöse Weinhaus "Altegold" in Berlin errichtet hat. Hier kann man die Wirkung dieser interessanten Technik, die man auch als Rammzugarbeit bezeichnet, eingehender studieren.

Wenn wir hören, daß die Arbeiten unter Verwendung verchiedenartiger gestalteter Rämme ausgeführt werden, die sich der geübte Arbeiter selbst auszeichnet, so erkennen wir sofort, daß sich diese Art Wanddekoration aus einer Technik des Dekorationsmalers entwickelt hat. Auch das holzartige Ziergerüst der Türen, Möbel usw. wird ja mit Hilfe von Rämmen ziemlich kunstfertig ausgeführt, indem durch geschickte Führung des Stammes aus der feuchten Decke die Linien und Fäden herausgeholt werden, so daß der darunter liegende Grundanstrich sichtbar wird. Es hängt natürlich von der größeren und geringeren Geschicklichkeit des Malers ab, hier gewisse Holz- und Eichenholz-

Kiefernholz, Nussbaum usw. zu imitieren. Diese Technik ist sogar neuerdings recht vernachlässigt worden, indem man entweder die Türen und Möbel mit einem glatten, einfarbigem weißem Anstrich versehen, oder indem man die holzartige Zeichnung von einem sogenannten Wasserpapier abzieht. Jedenfalls wird es einleuchten, daß man ebenso gut aus einer noch feuchteren Putzschicht, wenn nur die Rämme entsprechend gehalten sind, einzelne Linien herausheben kann, daß man durch Drehen des Stammes konzentrische, in den Radialen verlaufende Ringe zu erzeugen vermag, daß man Parabelkurven, auch Wellenlinien hervorheben kann usw. Diese Linien werden aber, um in einem großen monumentalen Raum zu wirken, nicht fein und zart ausfallen dürfen, wie bei der Malerei, sondern sie werden etwas die Stärke eines Bleistifts, oder gar Fingerdick erhalten. Der grobe Stamm, an welchem die feinen Zähne bald nicht beizukommen, bald in größeren Entfernungen voneinander angeordnet sind, wird bei seiner Bewegung der noch feuchten Mörtel vor sich her treiben; es werden sich aber auch die Ranten der Furchen aufwölben, und dadurch gerade ergeben sich sehr interessante Licht- und Schatteneffekte, namentlich bei Abendbeleuchtung. Würden die Linien ganz schnurgerade ausfallen, so würde die Fläche viel eintöniger erscheinen, als es gerade durch diese im Raupputz sich ergebenden Bildadlinien der Fall ist. Dabei ist man keineswegs darauf beschränkt, nur Friese und Streifen in dieser Weise herzustellen.

Man sieht vielfach, daß ganze Wandflächen mit schneckenförmigen Linien bedeckt sind, die sich dicht aneinander schließen, und wenn dann diese unglänzigen, schneckenförmig aus dem Grunde hervorstehenden Rippen leicht und ungleichmäßig verfilzt oder bronziert werden, dann schimmert die ganze Wandfläche im elektrischen Licht, gleichsam wie ein kostbares Marmorfeld. Man darf sich die Sache nicht zu nahe betrachten, denn dann sieht man, daß der kostbare Wandputz durch ganz billige Mittel erreicht ist. Jedenfalls heißt hier der Architekt eine Technik, um unglänzige Varianten für die Wanddekoration anzuwenden zu können.

Man kann schon mit gewöhnlichem Mörtel, dem etwas Gips zugefügt ist, einige Erfolge erzielen; zweckmäßiger aber ist es, für die Deckfläche eine plastische Masse nach Rezepten zu bereiten, die sich bereits bewährt haben. Man erhält eine derartige Masse z. B. durch Verreiben gekochten Weizenklebers mit etwas Sand oder Firnis und Zusatz eines gewöhnlichen Kreides. Diese Mischung wird vor dem Einarbeiten durch Zusatz von Mastixterpentin verdickt. — Nach einem anderen Rezept kann man Leim und sehr feinem,

während er noch heiß ist, Firnis zu. In diese Lösung reibt man die Kreide ein, legt etwas Aluunwasser zu und verwendet wieder zum Verreiben kurz vor der Verarbeitung feinen Gips. Die Masse wird mit dem Spachtel aufgetragen. Für die Ausführung der Arbeit sollen Rämme aus Hartgummi am zweckmäßigsten sein; ich vermag aber nicht einzusehen, warum man nicht ebenso gut aus Holz oder Metallblechen zugehauene Rämme verwenden sollte. Will man Kreise mittels des Stammes drehen, so wird derselbe in eine Wölbung eingeklinkt, die an einem Ende eine Leiste besitzt, durch welche man einen Nagel hindurchschiebt. Der Stamm wird dann um den Nagel, der den Mittelpunkt bildet, herumgeschlagen und erzeugt so die Kreislinien. Gerade Linien von größerer Länge erzielt man, indem man den Stamm an der Gabelung entlang führt, während man, kurze Linien am besten freihändig mit dem Stamm ausführt. Eine Schwierigkeit besteht nur darin, daß man sich bei diesem Manövrieren mit der Hand oder dem Knebel leicht die ausgeführte Arbeit wieder verdirbt. Das läßt sich aber vermeiden, indem man die Rämme hochscheidet und Mischheit und Liniale an den Ecken oder Ranten mit Nägeln verzieht, so daß die Flächen der Liniale nicht auf dem Mörtel aufliegen, sondern nur von den Spitzen der Nägel berührt werden. Um übrigens gilt von dieser Technik, was man von jeder sagen kann: "Übung macht den Meister". Es gibt Ausreißer und Maurer, die es in kurzer Zeit zu einer großen Kunstfertigkeit in dieser Technik bringen.

Es wäre ein Verstum, anzunehmen, daß dieser Putz hinterher noch gestrichen oder ausgemalt werden müsse. Es genügt vollkommen, einen mit etwas Farbzugab versehenen Mörtel zu verwenden, oder auch an den vertieften Linien den gefärbten Untergrund erscheinen zu lassen. Will man reichere Wirkungen erzielen, so geschieht das am besten durch leichte Bronzierung der Rippen oder durch Anmischen der Spritzmörtel. Wenn ich geprüfte goldene und silberne Punkte verchiedener Größe ungleichmäßig über die Fläche verteilen, wie es gerade der Fall bei der Spritzarbeit ergibt, so ist die Wirkung besonders günstig.

Ein großer Vorzug dieser Technik besteht darin, daß der Architekt an Ort und Stelle das Ornament dem fertigen Raume anpassen vermag; er ist an keine Skizze gebunden, und die für diesen Raum speziell geschaffene Dekoration kann sich demnach ziemlich willkürlich stellen und doch sehr reich erscheinen. Je nach Bedeutung, Höhe und Weite des Raumes wird er kräftige oder zarte Linien, große oder kleine Felder, breite oder schmale Bänder usw. verwenden, jeden Raum also individuell behandeln.

Die Gefellen pfeifen auf sie. Und es gibt keinen ernst zu nehmenden bürgerlichen Sozialpolitiker, der den Gesellen aus Schüssen Sympathie entgegengebracht hätte. Trotzdem wagt man an „maßgebender“ Stelle die Nichtbeziehung der Handwerksgefallen in die „Arbeitskammern“ mit dem Hinweis auf jene absurden Gebilde zu begründen!

Dass der Entwurf die ländlichen Arbeiter völlig unberücksichtigt läßt, kann nicht wundernehmen bei einer reaktionären Regierung, die es als „ordnungspolitische Notwendigkeit“ erachtet, daß diese Arbeiter kein Koalitionsrecht haben, unter dem Zwange mittelalterlicher „ungerechter Gesetze“ stehen und in nahezu slavischer Abhängigkeit dem Ausbeutungsinteresse der Agrarier unterworfen sind. Für die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Handelsgeschäften und in Apotheken ist gütig ein „besonderes Vorgehen“ in Aussicht genommen. Und was die Reichs- und Staatsbetriebe betrifft, so sollen die Bestimmungen des Entwurfs nur auf die staatlichen Bergbau-, Hütten- und Salinenbetriebe Anwendung finden. Die Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung bleiben ausdrücklich — nach dem Vorgehen des § 81 des Gewerbeverfassungsgesetzes — von der Geltung des Gesetzes ausgenommen. Und für die Errichtung dieser Art von „Arbeitskammern“ enthält der Entwurf keine verpflichtende Vorschrift; sie soll nur durch Beschluß des Bundesrates, nach dessen willkürlichem Ermessen, erfolgen können.

Nicht genug damit, daß der Entwurf die hier erwähnten Einschränkungen vornimmt, will er auch noch die Zusammenfassung der „Arbeitskammern“ in geradezu monströser Weise bewirken. Statt für die Wahl der Arbeitervertreter die Arbeiterorganisation und das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zur Grundlage zu nehmen, will er, unter Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht, die Arbeitervertreter gewählt wissen zur Hälfte von den Arbeiterauschüssen der in Frage kommenden Betriebe und von den Arbeitervertretern, die zur Beratung von Unfallverhütungsvorschriften berufen sind. Das ist ein indirektes Verfahren bedenklicher Art. Ueberdem sollen wählbar sein nur Deutsche, die das dreißigste Lebensjahr zurückgelegt haben. Und sechs Jahre soll die Wahlzeit betragen!

Wird so die Arbeiterorganisation völlig ausgeschlossen, so macht der Entwurf andererseits einer der reichstüftlosen Unternehmerorganisationen, den Berufsvereinigungen, eine Konzeption. Von den vielfach das bössartige Echarfmachertum repräsentierenden Vorständen dieser Genossenschaften sollen die Unternehmervertreter gewählt werden.

Es wird also eine organische Angliederung der „Arbeitskammern“ an die Berufsvereinigungen des Arbeitserrentums bewirkt und offensichtlich die Tendenz verfolgt, die Vertreter der letzteren zum maßgebenden und herrschenden Faktor in der neuen Einrichtung zur „Pflege des wirtschaftlichen Friedens“ zu machen.

Der Umstand, daß die Berufsvereinigungen die Kosten des Unternehmens tragen sollen, ist von einigen Arbeiterorganen dahin beurteilt worden, daß das Gesetz damit den Unternehmern „keine Freude“ bereiten werde. Wir können diese Meinung nicht ohne weiteres gelten lassen und möchten folgende Erwägungen zur Berücksichtigung empfehlen:

Was die Veranlassung des Entwurfs geleitet hat, ist ganz sicher nicht Rücksichtslosigkeit gegen den Geldbeutel der Unternehmer, sondern die Berechnung, ihnen ein ganz besonderes Gewicht zu geben, was die Verfasser des Entwurfs zu dem Vorschlage gebracht hat, die Kosten der Arbeitskammern den Berufsvereinigungen aufzuerlegen. Daraus muß sich natürlich die weitestgehende Prätenzion des Unternehmertums der Arbeiter gegenüber ergeben. Die Arbeitgeber „opfern“ das Geld für die „Arbeitskammern“, ergo — müssen sie nach ihrer Autoritätsfalschung auch die Herren in diesen Kammern sein. Und dies „Opfer“ dürften sie sich schon mit Vergnügen leisten; denn es würde für sie sehr rentabel sein. Es fragt sich nur, wie dann das praktische Zusammenwirken der Berufsvereinigungen möglich sein soll. Da könnten sich allerdings starke Schwierigkeiten ergeben.

Zutreffend weist z. B. das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ darauf hin, daß der weitaus größte Teil der Baugewerksmeister, für die im Reich zwölf Berufsvereinigungen bestehen, auch der Innungsorganisation angehört; nach § 7 Absatz 3 der Vorlage sollen aber die Unternehmer und Arbeiter von Handwerksbetrieben von der Vertretung in den Kammern ausgeschlossen bleiben. Es dürfte kaum einen Genossenschaftsvorstand und kaum einen Unfallverhütungs-

ausschuß im Baugewerbe geben, dem nicht Innungsmeister bzw. Arbeiter aus Handwerksbetrieben angehören. Eine legale Wahl hier zu finden, dürfte zu den Unmöglichkeit gehören. Gleichwohl müßte die gesamte Berufsvereinigungen, also auch ihre Handwerksmitglieder, die schon die Beiträge der Handwerkskammern zu zahlen haben, die Kosten der Industriekammer aufbringen.

Alles in allem: Der Entwurf ist eine sozialpolitische Monstrosität, deren Erhebung zu gesetzlicher Geltung von der gesamten Arbeiterkraft mit größter Entschiedenheit bekämpft werden muß. Die Arbeiter müssen festhalten an dem Programm: Arbeiterkammern, Arbeitsämter und Reichsarbeitsamt, in denen sich in organischem Aufbau ihre Interessenvertretung begreift.

Politische Umschau.

Aus dem Reichstage.

Fortsetzung der Staatsberatung. Ein Sieg des agrarischen Blocks. Automobilen, Kriegs- und Veteranenunterstützung. Die Kolonialherren. Die „Saubengasse“ auf der Journalistentribüne. Journalistenkritik.

Die Fortsetzung der Staatsberatung brachte zu dem Kapitel „Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren“ eine agrarpolitische Debatte. Der Reichstag von 1902 hat die ständige Unterbrechung der eingeführten Getreide in Futtermittel mit M. 1,30 und Braugerste mit M. 4 Zoll für den Doppelternehmer eingeführt. Diese abgelaufene Unterbrechung hat zu schweren Unzulänglichkeiten, namentlich zu Füllungsstörungen geführt. Um damit sich abzufinden, ist man dazu gelangt, den niedrigen Zollfuß von M. 1,30 auch für die Braugerste gelten zu lassen. Darüber sind die Agrarier entsetzt. Zwei ihrer Vertreter im Reichstage, der konservative Abgeordnete Rösche und der Zentrum Abgeordnete Sped, beantragten nun, den höheren Zollfuß von M. 4 allgemein durchzuführen, ihn auch auf die Futtermittel anzuwenden, oder letztere zu denaturieren, d. h. für den menschlichen Konsum untauglich zu machen. Da trat denn der alte agrarische Block, dem wir den neuen Reichstag verdanken, Konervative, Zentrum, Nationalliberale und Antisemiten, wieder in Aktion. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen wurden die Anträge Rösche und Sped angenommen. In der Debatte hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Süßbaum die agrarische Politik einer scharfen Kritik unterzogen.

Zu der Disposition Automobilen wurde eine von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution angenommen, in der verlangt wird, bei der Berechnung der Steuerpflicht für Kraftfahrzeuge die indizierte Pferdekräfte zu Grunde zu legen oder die Automobilensteuer zu erhöhen; ferner sollen einheitliche Bestimmungen über den Grenzverkehr der Kraftfahrzeuge bezügl. Versicherung des Fremdenverkehrs getroffen werden.

Eine sehr lebhafteste Debatte, die am 16. März bis nach 12 Uhr nachts fortgesetzt wurde, entspann sich über folgende Resolution:

1. Graf v. Driola und Genossen (Nationalliberal): Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, 1. dem Reichstage eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche in Abänderung des Gesetzes vom 22. Mai 1895 die noch immer der Gewährung der Weisungen bedürftigen Fürst und Ungleichheiten beseitigt und die Bedingungen für die Erlangung der Weisungen wesentlich erleichtert werden, in Fällen besonderer Notlage eine Erhöhung der Weisungsfähigkeit ermöglicht, sowie den Witwen und Waisen der ein Weisungsfähigkeit beweisenden Kriegsteilnehmer ein Gnadenerbeerbrecht gewährt wird; 2. zum Zwecke der Ausbesserung der für die Weisungen erforderlichen Mittel sowie zur Ergänzung des Reichsindulgenzenfonds dem Reichstage eine Vorlage zu machen, durch welche die Erhebung einer Weisungsteuer angeordnet wird.

II. Graf v. Sompf und Genossen (Zentrum): ein Dispositiv (Zug des Gesetzes) einzufügen: „Als hübschbedürftigen Kriegsteilnehmer, deren steuerbares Einkommen nach den landesrechtlichen Bestimmungen über die allgemeine Einkommensteuer nicht mehr als M. 900 beträgt.“

In Bundesstaaten, die keine allgemeinen Einkommensteuer haben, legt die Landesregierung den entsprechenden Betrag des steuerbaren Einkommens oder Vermögens fest.“

Jahrgänge hindurch war die Sozialdemokratie ganz allein bemüht, eine gebührende Unterstützung der hübschbedürftigen Kriegsveteranen zu erreichen. Es war immer „kein Geld“ für diesen Zweck da. Nach und nach befanden auch andere Parteien ihr Veteranenwohlwollen.

Die Nationalliberalen, Konfessionen und Freisinnigen, die Mannen des „neuen Blocks“, bekämpften den Antrag des Zentrums als „verfassungswidrig“. Die Sozialdemokraten traten dem Antrage bei. Ihr Redner zu dieser Sache, Abgeordneter Singer, führte aus: „Wir werden für die Ueberweisung des Antrages Driola an die Budgetkommission stimmen. Mit dem ersten Teil dieses Antrages sind wir einverstanden, die Weisungen aber lehnen wir aus prinzipiellen Gründen ab. Was den Titel selbst anlangt, so haben wir stets erklärt, daß wir unbeschadet unserer Gegnerschaft gegen das herrschende Militärsystem Freunde der Opfer dieses Systems sind. Wir wünschen also lebhaft, daß die Veteranenbeihilfen möglichst hoch festgesetzt werden. Den Antrag des Zentrums ebenfalls der Budgetkommission zu überweisen, halte ich nicht für notwendig. Es handelt sich dabei einfach um das Prinzip, daß das, was der preussische Staat als Existenzminimum erklärt, und wozon Steuern zu erheben er sich unwillig hat, nämlich ein Einkommen von 900 M., erst vorhanden sein muß, ehe die Veteranenunterstützung bewirkt werden kann. Die Abänderung des Dispositivs ist selbstverständliches Recht des Reichstages. So wie er Abstände am Etat machen kann, muß er auch Einbußen erheben können. Im übrigen handelt es sich auch hier gar nicht um die Abänderung einer Summe, sondern nur des Dispositivs, wie sie der Reichstag Hunderte von Malen vorgenommen hat. Von dem Wohlwollen des Reichstagesganges

für die Veteranen bin ich überzeugt. Aber bei den Weisungen, die über die Veteranenbeihilfen zu entscheiden haben, hört die Macht des Reichstagesganges auf; daher muß eine bestimmte Vorschrift gegeben werden, nach der die Herren sich richten müssen. Durch diese Abänderung des Dispositivs zeigen sie auch den Veteranen, daß ihre Unterstützung kein Almosen sein soll, sondern eine Dotation, die den Empfänger wie den Geber ehrt. Die Ueberweisung dieses Antrages an die Budgetkommission würde eine arge Entwürdigung der Leute sein, denen das Vaterland verpflichtet ist.“

Die namentliche Abstimmung des Zentrumsantrages ergab dessen Ablehnung mit 167 gegen 128 Stimmen.

Das Haus trat dann in die Beratung des Kolonialgesetzes ein. Staatssekretär Dernburg eröffnete sie mit Ausführungen über Wert und Bedeutung der Kolonien und über die „Notwendigkeit“, die geordneten Ausgaben für sie zu bewilligen. Im allgemeinen fand er die Zustimmung der Blockbrüder. Die oppositionellen Standpunkte der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik darzulegen, hatte auch diesmal wieder der Abgeordnete Ledebour übernommen. Seine Fraktion hatte folgende Resolution eingebracht:

„Der Herr Reichstagler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche den Eingeborenen in den Schutzgebieten Südwestafrika, denen infolge des Aufstandes ihr Land genommen wurde, aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Ländern jenseitig Land zurückgegeben wird, daß sie darauf ihren Lebensunterhalt in der Landesverhältnisse entsprechenden Wirtschaftsweise in selbständigen Betrieben gewinnen können.“

Der Herr Reichstagler zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, durch welche die im Schutzgebiet Ostafrika gültigen Bestimmungen, betreffend den Vertriebszwang für Plantagenländer, in Abänderung der Bestimmungen, die im Schutzgebiet Togo in Kraft gesetzt werden.“

Eingeführt wurde Ledebour sich gegen die Entgegnung der Eingeborenen, gegen die Klassenjustiz und die Brügelstrafe und sonstige Unzulänglichkeiten, soweit unsere Kolonialpolitik die „Wilden“ zu „zivilisierten Menschen“ machen wollen.

Zur Verlesung der Debatte am Donnerstag, den 19. März, ereignete sich etwas, das im Reichstage noch nicht dagewesen ist, ein Journalistenstreik. Bei einer Rede des Zentrumsabgeordneten Erberger, als er sagte, auch der Eingeborene in Afrika sei ein Mensch mit einer unerschütterlichen Seele, erwiderte auf der Journalistentribüne ein lautes Lachen. Da soll denn der Zentrumsabgeordnete Erberger erwidert haben: „Die Saubengasse da oben!“ Der Freisinnige Abgeordnete Müller-Meinungen glaubte berufen zu sein, zu erklären, daß das Lachen „nur die Lauslosigkeit eines einzelnen war“. Die Journalisten aber verlangten vom Präsidenten Genugtuung. Als ihnen diese nicht gewährt wurde, traten sie abends 6½ Uhr einmütig in den Streik ein. Infolgedessen brachten die meisten der großen Blätter Berlin und andere, die sich mit dem Vorgehen der Journalisten einverstanden erklärten, vom Freitag den 20. März ab nicht die gewohnten Reichstagsberichte. Die meisten befanden den Journalisten offen ihre Sympathie. Bis zum Schluß der Sitzung am Sonnabend, den 21. März, hatte sich in der Situation nichts geändert. Die Journalistentribüne blieb leer.

Des „Freisinn“ neuerer Verant. Am historischen denkwürdigen 18. März hat die dreiteilige freisinnige Fraktionsgemeinschaft eine neue Zeitungs politische Erdmütlichkeit vollbracht. Hoch und heilig hatten ihre Führer die Monate hindurch wer weiß wie oft versichert, daß der Freisinn den von der Regierung im Vereinsgesetz entworfene geforderten unwürdigen Sprachzwang, selbst wenn er abgemildert werden sollte, niemals zu akzeptieren, vielmehr eher das ganze Gesetz preisgeben werde. Und nun? Am 18. März ist der Parlamentarismus „Holt und würdevoll“, wie immer, wenn er der eigenen Zügellosigkeit erliegt, umgefallen. Heber den § 7 des Vereinsgesetzes ist er unter Führung des kleinen Genossen Müller-Meinungen „gepoltert“ und hübsch artig vor die Füße Wilhelms zu liegen gekommen. Es handelt sich um einen ebenen Kuhhandel. Die Regierung und die Nationalliberalen und Konfessionen haben dem Freisinn zugestimmt, daß im Wörterverzeichnis die Freiheit des Fernhandels gewahrt werden soll. Diefem Interesse der Worte zu Liebe verrät der Freisinn die liberalen Grundsätze und das Volk, gibt der Vereins- und Verfallungs-freiheit preis. Die freisinnige Blockbrüderchaft hat folgender neuen Fassung des § 7 zugestimmt:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.“

Die Vorschrift findet auf internationale Kongresse sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Vertriebe der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Eisab-Verordnungen vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahlgesetzes bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung.

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Landesteilen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alleingefessene Bevölkerungsteile nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungssteile nach dem Ergebnis der jeweiligen letzten Volkszählung 60 vom Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mißbrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Beamtenrat der öffentlichen Versammlung mindestens Dreimal 24 Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde die Anzeige erstattet hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Ueber die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen. Als Landesteile gelten die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden. Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung Abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.“

Damit kann die Regierung zufrieden sein! Sie hat mehr erreicht als sie nach dem bisherigen heuchlerischen oppositionellen Gebaren der Freisinnigen hoffen konnte. Einem Grundprinzip rechtsstaatlicher Ordnung wird Hohn gesprochen. Nach der neuen Fassung würden nur vom Sprachzwang vorzugsweise die Gebiete des Deutschen Reiches betroffen, wo polnische und sonstige fremdsprachliche Arbeiter in zwar geringer Zahl, aber nicht in der Stärke von 60 pSt. der Gesamt-

bevölkerung vorhanden sind. So in erster Linie das rheinisch-westfälische Bergbaugebiet. Der „Freisinn“ hat es fertig gebracht, die Hand zu bieten zur Unterdrückung des Koalitionsrechtes der Arbeiter in großen Industriegebieten.

Damit nicht genug. Der „Freisinn“ hat nicht nur in der Frage des Sprachzwanges sich läßt der Regierung unterworfen, er hat sich auch der Forderung der Konservativen gefügt, alle Personen unter 18 Jahren von politischen Vereinen und Versammlungen auszuschließen. Die freisinnige Blockpartei hat sich also als noch reaktionärer als die Regierung erproben.

Mit diesen Leistungen hat die Kommission ihre Aufgabe, ein „freisinniges“ Vereinsgesetz für Deutschland zu schaffen, beendet. Noch vor den am 10. April beginnenden Osterferien wollen die Blockparteien im „Völkchen“ den Entwurf in seiner jetzigen Fassung durchsprechen. Auf der schiefen und schlüpfrigen Bahn der Blockpolitik gibt es für den „Freisinn“ kein Halten mehr. Er muß hinab, vollends versinken in dem Sumpf der politischen Erbärmlichkeit. Aber das Volk wird mit ihm und seiner Bundesgenossenschaft Abrechnung halten.

Der Reichsschuldenbesatz. Im Jahre 1873, als der Frankreich in einem blutigen Kriege abgerungene Milliarden besatzte, begann die Schuldenwirtschaft des Deutschen Reiches. Mit „lumpigen“ 16 Millionen Mark bis zum Jahre 1877 wurde der Anfang gemacht. Dann haben wir Jahr um Jahr neue und immer größere Anleihen. Jetzt, im Jahre 1908, also binnen drei Jahrzehnten, haben wir es glücklich zu einer Reichsschuld von über vier Milliarden gebracht. Mehr als vier Fünftel dieser Riesensumme haben für das kriegende Heer und die Marine Verwendung gefunden. Der weitaus kleinste Teil ist wirklich in Kulturarbeiten zu gute gekommen.

Die Summe für die Verzinsung der Reichsschuld beläuft sich auf M. 145 784 574. Dazu kommen noch die Kosten der Schuldverwaltung mit M. 682 600 und die Kosten für die Herstellung von Kassenscheinen in Höhe von M. 500 000. Alles in allem verursacht die Reichsschuld also M. 147 000 000 jährliche Kosten.

Dafür, daß die Gläubiger des Reichs ihre Zinsen erhalten und ihr Kapital zurückgekauft bekommen, hat das ganze Volk. Aus seinen in Form von Zöllen und indirekten Steuern an das Reich zu leistenden Abgaben werden dessen Verbindlichkeiten an seine Gläubiger bestritten.

Jetzt fordert die Regierung eine neue Anleihe von M. 209 000 000. Nicht lange, und auch die fünfte Milliarde wird voll sein.

Das ist „Kulturwirtschaft“ unter der Herrschaft des Militarismus und Kapitalismus!

Auf dem Wege zur Erkenntnis. Kürzlich hat die „Kreuzzeitung“ sich bemüht, aus einem die Steigerung der Arbeitslöhne mit der Steigerung der Lebensmittelpreise vergleichenden Aufsatze Richard Galters sehr willfährlich die Anschauung entwickelt: daß die Lage der Arbeiter gar nicht derart sei, um nicht noch eine Vermehrung der indirekten Steuern zu ertragen, „besonders wenn man in Betracht zieht, daß in Deutschland die Gesamtverbesserung der Arbeiterlage 12 bis 13 pSt., in Amerika dagegen die Gesamtsteigerung des Reallohnes in den letzten zehn Jahren nur 8 pSt. betrage.“

Gegen diese abstrakte Anschauung nimmt der „Vaugeoismerkschaffler“, das Organ des Verbandes christlicher Bauarbeiter, wie folgt Stellung: „Nein, damit wird nichts widerlegt. Dazu gehört, daß man die Lage der Arbeiter anderer Kulturländer mit der deutschen in Vergleich stellt und dann den triftigen Beweis liefert, daß die deutschen Arbeiter sich in einer besseren wirtschaftlichen Lage befinden als jene. Das ist bekanntlich nicht der Fall; denn der englische, vor allem aber der amerikanische Arbeiter sind wirtschaftlich bedeutend besser gestellt als der deutsche Arbeiter. Nun ist aber anzunehmen, daß durch die wirtschaftliche Krise auch die wirtschaftliche Verbesserung der deutschen Arbeiter wenn nicht ganz, dann doch zum größten Teile wieder verloren geht. Zu weiteren hat es den Anschein, daß gewisse Kreise der Meinung sind, daß der Arbeiter sofort wieder genommen werden müßte, was er durch mühselige Kämpfe sich erkungen hat. Erwägen auf dem Wege der Selbsthilfe und durch Opfer, welche gleichfalls von jener Seite den Anlaß zu der Forderung einer höheren Verteuerung der Arbeiter abgeben müßte. Der Arbeiter, der hohe Gewerkschaftsbeiträge bezahlt, kann auch höhere Steuern bezahlen, so meinen sie. Hat er dann durch keine Beiträge höhere Verhältnisse geschaffen, dann kann er wieder höhere Steuern bezahlen. So reden die Leute, denen der Staat, also die Allgemeinheit, die größten Vorteile maßlos in den Schoß wirft, ohne persönliche Opfer. Ob die Verteuerung vorliegt, wollen wir nicht unteruchen. Wir meinen aber, gerade diese Beschäftigten hätten besonderen Anlaß zur Vorsicht gegen über dem wirtschaftlich Schwachen, dem Arbeiter.“

Das ist ganz „sozialdemokratisch“, d. h. vernünftig, den Tatsachen entsprechend. Möchten nur auch die christlichen Arbeiter daraus die Konsequenz ziehen und nicht mehr diejenigen Parteien unterstützen, die unablässig bemüht sind, die Arbeiter durch neue indirekte Steuern zu belasten.

Mauerebewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:
Travemünde (Sperre über Schürmann), Cuxhaven (Sperre über das Kinderheim, Unternehmer Vollmer aus Bremen);

Schleswig-Holstein:
Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor (Streiks), Apenrade (Sperre über Callesen), Wedel (Sperre über Hatje),

Husum (Sperre über Petersen), Itzehoe (Sperre über die Alsenische Zementfabrik in Lägerdorf), Tondern (Aussperrung), Insel Fehmarn (Aussperrung), Rendsburg (Sperre über das Walzwerk in Audorf und das Kokswork in Raden);

Mecklenburg:
Güstrow (Sperre über Thielke), Branshanpten (Differenzen);

Brandenburg:
Berlin (Differenzen), Guben (Aussperrung), Vitz a. d. Ostbahn (Sperre über den Unternehmer Vogt), Saarmund (Sperre über den Unternehmer Ahland aus Philipsthal);

Pommern:
Pyritz (Differenzen), Köslin (Sperre über Schüttner), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Hammerstein (Sperre über Kärge);

Ost- und Westpreußen:
Sensburg (Sperre über Reese), Mewe (Sperre über Schulz);

Posen — Schlesien:
Görlitz (Sperre über Pötschke in Horka), Muskau (Sperre über Stülpnagel);

Königreich Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Bernat & Söhne, Berlinerstrasse, in L. Gohlis H. Kögel und R. Thiele, Landsbergerstrasse, in L. Leutzsch Eisenzeiserei E. Becker & Co., in L. Mückern K. Edlich, Hühnerbeinerstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Nannhof (Sperre über H. Goltzsch, vormals Küpper & Schrot);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Calbe a. d. Milde (Sperre über Nigiet & Blank);

Thüringen:
Sonneberg (Sperre über Bauer & Söhne);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:
Celle, Norderney, Gronau (Aussperrung), Braunschweig (Sperre über Gröpler, die Arbeit ist in Wolfenbüttel), Wunstorf (Differenzen), Sachsenhagen b. Hannover (Aussperrung);

Westfalen und Rheinland:
St. Johann (Sperre über Merchweiler), Schwelm (Sperre über Müller);

Hessen und Waldeck:
Schmalkalden (Sperre über Peter);

Bayern:
Selb (Sperre über Jäger & Werner), Diessen (Streik), Wasserburg (Sperre über Nabauer);

Fliesenleger:
Duisburg (Sperre über Gebr. Bönning), Rendsburg (Sperre über das Walzwerk in Audorf und die Karlsruhte);

Oesterreich:
Karlsbad, Krems, Salzburg.

Frankreich:
Paris (Aussperrung).

Was sich heute alles Arbeiterorganisation nennt.

Der Verband der Baugewerke Berlins hatte am 4. März den in Berlin bestehenden Bauarbeiterorganisationen seinen Bescheid bezüglich der Lohnreduzierung mitgeteilt und zugleich angefragt, ob die Arbeiterorganisationen geneigt seien, zwecks Abschluß eines Tarifvertrages mit ihm zu verhandeln. Die darauf eingegangenen Antwortschriften werden jetzt in Nr. 12 des „Centralblattes“ veröffentlicht. Es sind da nicht weniger als acht Organisationen vertreten. Nämlich die Zweigvereine der drei bürgerlichen Zentralverbände: der christliche Verband, die Fachabteilung des katholischen Arbeitervereins, der „Vauhandwerkerbund Groß-Verlins“ und der „Bund Vaterländischer Arbeitervereine“. Die Antwortschriften der verschiedenen Organisationen sind nicht uninteressant. Die meisten Organisationen begnügen sich mit der geschäftsmäßig höflichen Mitteilung, daß sie zu den Verhandlungen bereit seien. Dagegen stellt die Antwort des „Bundes Vaterländischer Arbeitervereine“ einen langen Sermon dar, der einen tiefen Einblick in die Psyche dieser Gebilde lina läßt, weshalb wir ihn auch zu Aufz und Frömmen unserer Kollegen dem „Grundstein“ einverleiben wollen. Das Ding lautet:

Berlin SW 11, den 12. März 1908.

Sie hatten die Lieben Würdigkeit, uns zuzufügen, daß den Mitgliedern unseres Verbandes zukommen mit den gelben Mitgliedern vom Arbeitsnachweis in erster Linie Arbeit nachgewiesen werden sollte. Es gehen nun täglich vom Arbeitsnachweis neben den gelben Mitgliedern auch so und so viele Zentralorganisierte ab. Unsere Mitglieder, die den Arbeitsgebern während des Streiks doch treu zur Seite gestanden haben, sind schon ganz verzweifelt an der Sache. Würden Sie nicht die Güte haben, nochmals den Arbeitsnachweisverwaltern sowohl in der Dresdenstraße wie in der Vauhstraße die Anweisung zu geben, neben den gelben Mitgliedern vor allen Dingen unseren Mitgliedern Arbeit nachzuweisen. Es handelt sich dort bei unseren Mitgliedern tatsächlich um Leute, die den besten Willen haben, mit den Arbeitsgebern zu halten, die sich vollständig losgelöst haben von den sozialistischen Gernerschaften und die jetzt, wenn nicht die Arbeitgeber sich ihrer etwas annehmen, zwischen Tür und Angel stehen. Wir bitten Sie nochmals, Ihren so weit gehenden Einfluß dahin geltend machen zu wollen, daß unseren Mitgliedern Arbeit nachgewiesen wird.

In betreff des uns vorgelegten Tarifes gestalten Sie uns, Ihnen die Mitteilung zu machen, daß unsere Mitglieder geneigt sind, zu den vorgeschlagenen Bedingungen zu arbeiten. Allerdings

wird allgemein der Lohnsatz von 45 A für die Bauarbeiter als zu niedrig bezeichnet. Würde sich hierin nicht noch auf Grund von Verhandlungen eine Änderung bewerkstelligen lassen? Ein einfacher Rechenzettel wird Ihnen übrigens sofort nachweisen, daß den Arbeitern bei einem Stundenlohn von 45 A nach Abzug von Steuern, Miete, Versicherungsgeldern und sonstigen Lasten, sowie durch Ausfall von Arbeitstagen, der nicht durch Verhinderungen des Arbeiters hervorgerufen ist, als da sind: Materialmangel, Witterungsverhältnisse, Krankheit usw., nur ein Betrag von knapp M. 11 pro Woche zur Deckung der Lebensbedürfnisse an Kleidung und Beschäftigung für sich und seine Familie verbleibt. Wir bitten Sie ganz ergeben, uns Mitteilung zu machen, wenn sich durch eine gegenseitige Aussprache noch eine Erhöhung des Stundenlohnes durchsetzen ließe.

Inzwischen zeichnet
Mit vorzüglicher Hochachtung
Die Geschäftsstelle des „Bundes Vaterländischer Arbeitervereine“
(gez.) G. Heuer, Schriftführer.

Das Schreiben ist wirklich ein Kabinettstück des gelben Geistes. Lassen wir die Arbeitsnachweisgeschichte ruhig beiseite, was wir uns so eher können, da hier lediglich unsere alte Auffassung über die Arbeitsnachweise der Unternehmer als Wirtschaftsregulierungsanstalten als wahr erwiesen wird, lassen wir sie also beiseite und betrachten wir nur die Antwort auf das Schreiben der Unternehmer: „Gestatten Sie uns, Ihnen zu sagen, daß wir mit der Lohnföhrung zufrieden sind!“ Gestatten Sie uns auszusprechen, daß wir viel zu unwürdig sind, einen höheren Lohn zu verlangen! Gestatten Sie uns, Ihnen die Versicherung zu Fühen zu legen, daß Sie mit uns machen können, was Sie wollen! Das nennt sich Arbeiterverein! Allerdings „vaterländischer“ Arbeiterverein. Sätter wir reale Ursache, Patrioten zu sein, so würden wir uns ärgern, daß der Begriff Vaterland von solcher Gleichgültigkeit beklüdet wird; wir würden empört darüber sein und unser Vaterland gegen diesen Schimpf schützen. Aber so ist es nicht. Unter den heutigen Verhältnissen haben diese Leute ein ebernes Anrecht auf den Namen des Vaterlandes. Das Vaterland des Dreifachwahlrechts, das Vaterland des Schutzmännisfahs, das Vaterland höslicher Kamarrillen, der Schmutzbarbinde und der Hofenau Lymar — das Vaterland gehört diesen Leuten und es ist ein Belüden erfindlichen Besenmerites, daß sie das nicht verlegen.

Aber trotzdem: ein Gefühl zorniger Eadum muß jeden Arbeiter durchziehen, wenn er sieht, daß es Klassengeossen gibt, die in so hohem Maße jedes Empfindens für die eigene Würde bar sind, wie diese „Vaterländischen“.

Die katholische Fachabteilung will sich an den Verhandlungen beteiligen, wünscht aber dorecht allein mit den Unternehmern zu verhandeln. Allein! Damit ihr Treiben nicht von den anderen aufrichtigen Organisationen kontrolliert werden kann, und das nennt sich alles Arbeiterorganisation!

Streikbrechervermittlung.

Der schon früher von uns gekennzeichnete Berliner „Maurermeister“ Otto Gensse treibt nach wie vor sein Unwesen als Streikbrecheragent. In den letzten Wochen ist wohl kein Baunternehmer innerhals des Deutschen Reiches, soweit seine Adresse zu ermitteln war, von den Geschäftsempfehlungen des Gensse verdonst geblieben. Um den smarten Herrn auch unseren Kollegen in empfindliche Erinnerung zu bringen, bringen wir nach stehend eines der neueren Zirkulare Gensses zum Abdruck:

Bureau für Beschaffung von Arbeitswilligen aller Gewerkschaften Deutschlands, Zweigb. Niederfacharbeiterhandl. in Krefeldstraße.	Berlin NW 1, Dal. d. Postf. 35.
„Reich i. Siedeln.	Telegramm-Ad. esse: Wiedersfort, Berlin.
„Wagener i. Siedeln.	Arbeitsnachweis:
„König i. Siedeln.	Otto Gensse, Maurermeister.

Sehr geehrter Kollege!
Durch die heutige Lage und das Vorgehen der organisierten Arbeiterschaft betreffs Streiks und Aussperrungen bin ich in der Lage, Ihnen nicht organisierte Arbeiter nach Auftrag in drei Tagen jeder gewünschten Zahl zu schicken.

Mein Bestreben ist es, in kürzester Zeit die Organisation zu unterdrücken und Ihnen ruhige und tüchtige Leute zu beschaffen, und zwar zu Ihren Bedingungen.

Sollten Sie Berliner Leute wünschen, so empfehle ich Ihnen Affordmaurer, Zimmerer, Putzer und Arbeiter. Sie sparen Krankengeld und Invaliditätsbeiträge; auch wird der Bau in kürzester Zeit gefördert.

Das Preisverzeichnis für Affordarbeiten liegt bei. Fassadenputz wird nach Maßgabe der auszuführenden Fassaden berechnet, und sparen Sie schon Geld, wenn Sie die Arbeiten von direkten Fassadenputzern (Spezialisten) ausführen lassen.

Ich beantrage für meine Tätigkeit pro Mann M. 5 und freie Reise.

Bei Abonnement pro Jahr M. 30, welcher Betrag von M. 15 sofort, und M. 15 am 1. Juli jedes Jahres zu zahlen ist, erhalten Sie jede gewünschte Zahl Leute, ohne jegliche Maßgabung; jedoch müssen Sie das Fahrgeld vorher einsenden, welches später vom Lohn abgezogen werden kann.

Es sparen viel Geld. J. B. es würde ein Streik oder Aussperrung stattfinden, so entfänden Ihnen doch bedeutende Linsosten. Diese Uebel können dadurch abgeholfen werden, wenn Sie in obiges Abonnement einwilligen.

Ein besseres Entgegenkommen dürfte Ihnen zu Ihren Wünschen vielleicht nicht geboten werden, und mir würde dadurch die Art des Betriebes erleichtert werden.

Nach Einfindung des Betrages von M. 15 sind Sie berechtigt, soviel Leute zu fordern, als Sie für Ihren

Betrieb gebrauchen. Ich bin bemüht, alle an mich gestellten Anforderungen mit größter Pünktlichkeit zu Ihrem Wohlwollen zu fördern und mit bestem Einvernehmen gegenseitig unsere Arbeit in Sicherheit zur Ausfertigung gelangen lassen.

Bei Gebrauch bitte ich die nächsten Zweigbüreau in Anspruch zu nehmen.

Nach Einfindung des Betrages erhalten Sie Bescheinigung.

Zahlungsort ist Berlin. Auch muß für sicheres Nachschloß gesorgt werden.

Sollten in einem Orte mehrere Kolonnen Maurer und Zuger gebraucht werden, so bitte, mir selbstes mitzuteilen, um die rechtzeitige Einteilung der Kolonnenführer vornehmen zu können. Sämtliche Leute bringe ich selber dorthin.

Sollten Sie geneigt sein, meine Bureau in Anspruch zu nehmen, so bitte um gütige Aufträge.

Bei Auftragserteilung bitte um Voranschlagsentwurf und Festpreis der Leute, welches später vom Lohn, wie oben erwähnt, abgezogen wird.

Anbei Empfehlungsschreiben und Affidavit.

Mit kollegialen Gruß
Otto Gensse, Maurermeister.

Neben Berlin hat Gensse also vier Zweigbüreau: Niederhagen, Bielefeld, Göttingen i. E. und Ostfriesland. Unsere Kollegen werden ja nicht umhin können, die „Bureau“ in Auge zu behalten, damit sie wissen, was da vorgeht und von den Vorgängen sofort Mitteilung machen können an uns und unsere Zweigvereine, die von Gensse begünstigt werden sollen.

Aus Singen wird uns berichtet, daß in der vorletzten Woche an 7000 italienische Maurer und Bauarbeiter über Wexingen nach Deutschland transportiert worden sind. Jeden Tag kommen zwei bis drei Ertragszüge mit Italienern unter der Führung von berufsmäßigen Agenten und Geistlichen an den Grenzstationen an. Die meisten dieser Einwanderer kommen aus der Gegend von Neapel, sind der Mehrzahl nach Analphabeten und waren bisher noch nicht in Deutschland. Was die armen Teufel, die sich in Unkenntnis der Verhältnisse der Führung gewissenloser Agenten anvertraut haben, bei uns sollen, ist ja nicht unbekannt; sie können nur als „Arbeitsflüchtlinge“ im schimpflichsten Sinne des Wortes in Betracht kommen.

Es ist nicht glaublich, daß italienische Seelenverkäufer auf eigenes Risiko diese Einwanderung betreiben, sondern es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß unsere deutschen „Arbeitgeber“ ihre Hand dabei im Spiele haben, um die gerade von ihnen ganz in grau gemalte Arbeitslosigkeit noch zu vergrößern. Die deutschen Arbeiter werden sich ja damit abfinden und versuchen müssen, ihre italienischen Leidensgenossen über die Sachlage aufzuklären und zu braven Mitkämpfern zu erziehen.

In Galizien und Währen sind ebenfalls die „patriotischen“ Lumpen an der Arbeit, in Deutschland das Gezer der Arbeitslosen zu vergrößern. Horrentlich gelingt es unseren überreichen Genossen, dem Lumpenpad gründlich das Handwerk zu legen.

Gau Berlin.

Die in Gnesen, Provinz Posen, geführten Verhandlungen um einen neuen Tarif zwischen dem Arbeitgeberverband und dem christlichen Verband hatten kein Ergebnis. Die Unternehmer bitten nicht nur um den linken „Normaltarif“ des deutschen Arbeitgeberverbandes, sondern wollten dabei einen Extraerfolg herausbringen. Die Arbeiter sollten in eine Lohnskala von 8 A einwilligen. Dies wollten die Arbeiter aber nicht. Der bestehende Tarifvertrag hat nach seinen Bestimmungen noch bis zum 30. April d. J. Gültigkeit. Dies hinderte die Unternehmer aber nicht, am Sonnabend, den 14. März, bei der Lohnzahlung zu verweigern, daß der Lohn von da an nur 4 A statt 8 A betragen solle, was dafür nicht arbeitslos war, sondern 21. Oktober d. J. war es vorwiegend hartnäckig aus Posen, in dessen Bezirk Gnesen liegt, der Ertragsbestimmungen gegen eventuellen Tarifbruch durch die Arbeiter. Er mag für seine Kollegen beratende Bestimmungen zuerst einführen.

Gau Bremen.

In Bremerhaven drohen Differenzen bei der Firma Schmidt-Altona auszubrechen. Die Firma, die hier Tiefbauarbeiten ausführt, will Lohnabzüge machen und zwar von 4 A pro Stunde. Verhandlungen mit der Firma sind bereits eingeleitet.

In Sanftreis Bremerhaven wollen die Unternehmer die bisherigen beiden Lohngebiete Gagen und Dedeßdorf zu einem Lohngebiet vereinigen. Unsere Kollegen haben dort Forderungen erhoben und haben bereits eine Verhandlung gehabt, die aber gescheitert ist, weil auch hier die Unternehmer auf Annahme des Tariftarifs bestehen. Eine weitere Verhandlung soll noch stattfinden.

In Norden haben am 16. März gleichfalls Verhandlungen auf Grund des Tariftarifs stattgefunden, und auch hier ist die Einigung gescheitert. Da hier Kündigung besteht, haben die Unternehmer am 17. März sämtlichen Kollegen zum 1. April gekündigt; eine Verhandlung soll noch stattfinden.

In Leer sollen die Verhandlungen auf Wunsch der Unternehmer am 23. März stattfinden.

In Emden wollen die Unternehmer einige unwissenschaftliche Punkte des Tarifvertrages fallen lassen, wogegen sie an den Hauptpunkten festhalten. Das Wort „Kündigung“ soll bleiben. Jedenfalls wird auch hier noch einmal verhandelt.

In Norden haben die Zimmerer die Arbeit aufgenommen. Ihre Mitgliedsbeiträge wurden ihnen von den Unternehmern abgenommen. Dafür sind ihnen christliche Mitgliedsbeiträge ausgeschrieben worden. Auf diese Art glauben die Unternehmer den Sieg erringen zu haben. Sie dürfen sich aber nicht täuschen. Der christliche Gaudelater kann nur das übrige lange Leid zu tragen sein werden?

In Wesel, wo in der Zeit von Januar bis April die Lohnverhältnisse geregelt werden müssen, haben die Unternehmer schriftlich angefragt, ob wir das Vertragsverhältnis erneuern wollen. Hierauf haben sie sich bis zum 20. März Antwort zu geben.

Gau Danzig.

In Metze haben die Kollegen in einer Versammlung am 22. März einstimmig beschlossen, über das Baugeschäft des Zimmermeisters Schütz die Sperre zu verhängen. Schütz ist vertragsbrüchig geworden, indem er, entgegen den Bestimmungen des Vertrages, der noch bis zum 30. April d. J. läuft, von den Kollegen verlangt, daß sie bei Landarbeiten am Montag auf die Bezahlung des Lohnes hin und am Sonnabend zurück verzichten. Er hat eine Arbeitsordnung herausgegeben, nach der der Lohn nach Leistung gezahlt werden soll. Den Vertrag hat er für ungültig erklärt und jede Verhandlung abgelehnt. Die Kollegen werden gebeten, Metze zu meiden.

Gau Frankfurt a. M.

An dem Bau eines katholischen Hofes bei Seimbolds-hausen a. d. Werra (Zweigverein Dersdorf) wurden 12 Kollegen wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen. Als ein rechter Hohn hat sich hierbei der Voller, ein Bruder des Unternehmers, erwiesen. Als nämlich die Genossenschaft das Recht der Kündigung beanspruchte, ergriff der Voller einen Hohnstreich und drohte, den Maurern, die er als „Zaubunde“ und „Schuße“ tituliert, ihnen die Kündigung mit dem Hohnstreich vor den Kopf zu geben. Wenn man von solch ganz unmotivierter Mißhandlung hört, möchte man doch beinahe die Panik der Kollegen bedauern; dem Voller wäre wohl dienlich gewesen, daß ihm gehörig der Hintere verjocht worden wäre. — Ueber den Bau ist die Sperre verhängt worden.

Gau Hammör.

In Gronau, wo bisher die Firma Uchtenberg gesperrt war, sind am Donnerstag der vorigen Woche alle Maurer, zirka 200, ausgesperrt worden.

Gau Leipzig.

Für das Lohngebiet Krefeldberg, das 28 Orte umfaßt, ist durch Vereinbarung zwischen unseren Kollegen und den dortigen Unternehmern der Stundenlohn von 37 auf 42 A erhöht worden. Der Vertrag gilt bis zum 15. März 1909.

In Landsberg b. Halle, wo eine Anzahl Unternehmer vor einiger Zeit den Tarifvertrag widerrechtlich kündigten und die Kündigungen des Stundenlohns anstifteten, wollte nunmehr der Unternehmer noch die Drohung in die Tat umsetzen und den Lohn von 40 auf 38 A reduzieren. Als aber die Maurer einstimmig die Arbeit einstellten, verpöbelte sich noch, den alten Lohn wollen zu zahlen. Die übrigen Unternehmer haben das Experiment bisher noch nicht versucht.

Gau Magdeburg.

In Schönehausen a. d. Elbe fordern unsere Kollegen die Erhöhung des Stundenlohns von 32 auf 35 A. Der Unternehmer Umbreit will 31 A zahlen, womit sich die Kollegen zufrieden geben würden. Dagegen tobt der Unternehmer Möhle wie ein Wasserfall über die „unverständliche“ Forderung. Er hat die meiste Arbeit, weil er im Winter nicht blos die Kollegen wollten bis Sonntag auf die Bewilligung der Forderung warten; wenn Möhle bis dahin kein Entgegenkommen gezeigt, sollte der Streik beschlossen werden. Wahrscheinlich ist inzwischen die Arbeit eingestellt worden. — Nach einer weiteren Mitteilung ist der Streit friedlich erledigt. Der Stundenlohn wird sofort um 2 A und vom 1. April 1909 ab um 1 A erhöht.

In Calbe a. d. Milde haben zwei Unternehmer, Nigelt und Wanz, den Lohn von 35 auf 33 A gekürzt. Selbstverständlich haben sich die Kollegen das nicht gefallen lassen. Insondern die Sperre über die beiden Geschäfte verhängt.

Vom Gauborsland wird uns darüber geschrieben: In diesem Orte ist es uns trotz vieler Vermittlungen nicht möglich gewesen, die Kollegen zum Anschluß an den Verband zu bewegen. Die Hauptursache dieser Zurückhaltung lag darin, daß die Unternehmer immer darauf hielten, mindestens denselben Lohn wie in der Umgebung zu zahlen. Jetzt nun fiel es den Herren ein, den Kollegen eine Reduzierung des Lohnes von 35 auf 33 A anzubieten, und sofort trat die Kollegen in den Streik ein und suchten auch Anschluß an den Verband. Am 22. März fand eine Versammlung statt, bei der der Unternehmer Nigelt bewohnte, um die vorgenommene Lohnreduzierung zu begründen. Die böse Konfuzierung der Unternehmer von Wismar, Brunnau, Vadebusch usw. soll die Reduzierung gerade im Interesse der Calbeaner Maurer notwendig gemacht haben. Das ließen aber die Kollegen mit Nicht an sich gehen. Die Reduzierung zurückzunehmen, erklärte sich Herr Nigelt außer Stande, da ja sein Kollege Wanz nicht mit zugehen sei, und dann auch noch aus einem anderen Grunde. Einstimmig wurde beschlossen, weiter zu streiken und auf Vorschlag des Gauborslandes eine fünfköpfige Kommission zu wählen, die mit beiden in Betracht kommenden Unternehmern im Laufe der Woche verhandeln soll. Es scheint, als wenn sich die Herren dem Beiratsarbeitsvertrags für die Altmark in die Arme geworfen hätten und nun erst die notwendigen Instruktionen abwarten wollten. Wenn die Kollegen feststehen und nun auch treu zur Organisation halten, dann dürfte den Herren die Reduzierung noch teuer zu stehen kommen.

Gau Mannheim.

In St. Johann glaubt der Unternehmer Adernann aus Merxweiler, den Tarif umgehen zu können; er will es auch ausüben lassen und den Stundenlohn kürzen. Ueber seine Bauten wurde die Sperre verhängt.

Gau Nürnberg.

In Ulm haben am 20. d. M. Unternehmungen stattgefunden, die aber zu keinem Ergebnis führten. Die Unternehmer wollten zwar den derzeitigen Stundenlohn eines jeden Kollegen um 2 A erhöhen, halten aber im übrigen an ihrem „Vertragsmuster“ fest. Die Arbeitervertreter wurden ersucht, nicht sofort zu reden, damit man fertig werde; als aber die Vertreter der Kollegen die Begründung ihrer Forderung nicht nehmen ließen und auch das Ansehen der Unternehmer zurückwies, erklärte mit einem Male der Vorsitzende: „Wenn die gebotenen 2 A Lohnreduzierung nicht angenommen werden, erklären wir die Unternehmung für geschlossen“, welche Erklärung ein anderer Unternehmer mit einem Faustschlag auf den Tisch bekräftigte. Schließlich erklärten sich die Unternehmer aber doch zu weiteren Unterhandlungen bereit.

In Geroltsberg fordern unsere Kollegen für dieses Jahr 45 A Stundenlohn. Voraussichtlich dürfte es dort zu einigen Sperren kommen. Die nichtorganisierten Unternehmer sind der Forderung nicht abgeneigt. Die Bauwirtschaft ist sehr gut.

In Hof stehen die Unternehmer nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es keine Unterhandlung gäbe, sondern nur die Unterzeichnung ihres Mißvertrages — „Frieden“ im Baugewerbe sichern könne. Es muß wohl recht schlecht um die Sache der Unternehmern bestellt sein, da man darüber gar nicht reden soll. Forderungen haben unsere Kollegen nicht eingereicht. Die Bauwirtschaft ist gut.

Gau Stettin.

Im Lohngebiet Fennin ist die 1906 ausgelegte zehnjährige Arbeitszeit sowie ein Stundenlohn von 40 A glatt durchgeführt. Ein Unternehmer hatte sich „geteert“, zahlte jedoch nach. Die Arbeit ist in der Stadt schwach, doch ist bei der geschlossenen Organisation auf Festhalten des Ertrages zu rechnen. Um für später etwas erzielen zu können, ist es notwendig, daß die Kollegen die heimischen Bäckerstellen lassen und die Veranlassungen des Vereins reger besuchen, umso mehr, als Mißgelingen und „Demunter Tageblatt“ keine Woche vergehen lassen, ohne gegen unsere Organisationen zu greifen. Material liefert ihnen die Wälfische in Berlin.

In Dammern sind sämtliche Unternehmer dem Reichsverband des Baugewerksbundes angeschlossen. Ihre Vorliebe für „sozialen Frieden“ zeigten sie vom 21. Februar durch einen Beschluß, wonach für 1908 und 1909 der Lohn von 36 A auf 30 A gekürzt und die Arbeitszeit von 10½ Stunden auf 11 Stunden verlängert werden soll. Diesen Beschluß hat man am 18. März gestrichelt. Vorher haben zwei Unternehmer trotz des bis zum 1. April 1908 bestehenden Vertrages den Lohn zu kürzen versucht. Darauf stellten am 9. März 21 unserer Mitglieder die Arbeit ein. Dies wurde „natürlich“ als Mauerstreik aufgefaßt. Ganz Gaumersheim kam in Bewegung. Der Bürgermeister Raab zeigte sich als Herr der Situation; der Schlichter wurde alarmiert; mit dem Gewehr in der Hand eilte jeder zum Vereinslokal und hielt streng Wacht bis tief in die Nacht hinein. Vermittlung ging zwar es, zu dieser Eskalade keine scharfen Patronen herauszugeben. Die Feuerwehr wurde noch in Ruhe gelassen. Beim Maurermeister Stager fragte jemand telephonisch an, ob er nicht den bei ihm wohnenden Generalmajor und Platzkommandanten um die Alarmierung des Wachkommandos bitten wollte. In unwürdiger Grobheit erklärte Stager den Träger für verrückt. Wie lange die Gefechtsstärke während der Nacht ihres Nutes warteten, entgeht sich unsere Kenntnis. Unsere Kollegen haben sich so kalt gelacht, daß sie frühzeitig zu Bett gingen, doch soll es am Morgen in manchem Haushalt Sturm gegeben haben. Trotz alledem werden die Kollegen alles daran setzen, um nicht nur den alten Vertrag zu behaupten, sondern auch Verbesserungen zu erreichen. Am 9. März ist den Unternehmern unsere Forderung auf zehnjährige Arbeitszeit, 40 A Stundenlohn und 45 A Landlohn zugestimmt.

Im Bezirk Jarmen erkennen die Unternehmer die zehnjährige Arbeitszeit und 40 A Lohn an. Der Unternehmer Störck unterzeichnete unseren Vertrag, während Heidemund und Brandt nur den 25. „Frieden“ ein Vertragsrecht einräumen wollten. Unsere Mitglieder in Jarmen und Gahlen wollen nun die fromme Verschaulichkeit auf den Arbeitsstätten der „Herren“ nicht fällen. Sobald man uns braucht, wird man schon mit uns verhandeln.

In Neustettin kam es am 20. März zur Verhandlung. Nach langem hin und her einigte man sich darauf, den alten Vertrag in seinem ganzen Wortlaut und Umfang auf ein Jahr zu verlängern. Um streile Neustettin ist ein Arbeitgeberverband gebildet worden. Mit den Materiallieferanten wird ein Abkommen angetrebt. Ein Lokal zu irgend welchen Zwecken steht uns nicht zur Verfügung.

In Regenwalde fordern wir die zehnjährige Arbeitszeit und 42 A pro Stunde. Der Anschluß der Lokalorganisation ist glatt erfolgt. Unter den Arbeitern regt es sich, und da sehr — wie es in solchen Städten nie anders ist — die Stammtischrunde der Honoratioren mit Gegenmaßnahmen ein. Zunächst ging es den Honoratioren auf den Kopf, die der Zimmerer halten stand, unsere dagegen haben von vornherein einige Abirrungen, und da wollten unsere „Friedensbedauern“ nicht herunter von der Leiter zur höchsten Wacht. Hierdurch ist unsere Stoffkraft etwas geschwächt; doch so ganz trauer die Unternehmer Maas, Wötter und Neubauer dem Frieden nicht; sie erhöhen den Lohn auf 37 A pro Stunde und zahlen uns während 42 A; von einer längeren Arbeitszeit wollen sie jedoch nichts wissen. Da der Verein noch jung ist, heißt es abwarten. Für Kurzweil sorgt Zimmermeister Wölffert. Er ist glücklicher Besitzer zweier Mietshäuser, vom Volksmund „Käsevie“ und „Kosino“ genannt. Unseren Vorhaben kündigte er die Wohnung, weil er keine Mieter haben will, die einen Lohnvertragsunterzeichner. Ebenso ist einigen Arbeitern mit Kündigung gedroht, wenn sie einer Organisation beitreten. So stellt man den „sozialen Frieden“ her.

In Schwelbitten haben wir zehnjährige Arbeitszeit und brennendste Lohnreduzierung gefordert. Bei den Verhandlungen legten die Unternehmer 3 A pro Stunde zu. Nun wird bis zum 31. März 1909 täglich 11 Stunden bei 38 A in der Stadt und 40 A über Land gearbeitet. Der Gauborslande wurde zu den Verhandlungen nicht zugelassen. Seit 1903 betrachten die Baugewerksvereine den Zustandstand als angemessen; sie führen aber diesen Beschluß so faumvoll durch, daß überall energig nachgeholfen werden muß.

In Treptow a. d. Rega wurden die Kollegen mit einer Ungelohne aus Berlin befristet. Für 19 A pro Quadratmeter inst. Voutengeten wollten diese ihre Kunst zeigen und noch Geld dabei machen. Aus den verschiedensten Elementen zusammengepickelt, konnten sie den richtigen „Bürgerhof“ nicht erreichen, und als man gar die Firma Maas sich sehr zurückhaltend im Geldgeben zeigte, da zahlte der Herr „Schieber“ jedem nur so viel aus, wie er Quadratmeter angestrichelt hatte. Damit war die Einheit in die Straße gegangen; in aller Eile ging es zum Bahnhof und fort auf Zimmermeister Wölffert. Heute führen Kolberger Kollegen die Arbeit für 23 A pro Quadratmeter aus. Von einer Lohnforderung wollen unsere Mitglieder mit Rücksicht auf die Nachbarkreise absehen.

In Treptow a. d. Tollense ist ein Vertrag zu Stande gekommen. Unsere „Manden“ werden wirklich guten Bestimmungen enthält, derselbe einen zu niedrigen Satz für Junggeheilen und außerdem

Ausgabe in der Hauptkasse.

Für das Verbandsorgan	M. 46535,25
„ in fremden Sprachen	2614,32
„ in fremden Sprachen	39052,46
„ in fremden Sprachen	14,50
„ in fremden Sprachen	26131,72
„ in fremden Sprachen	4011,95
„ in fremden Sprachen	2418,78
„ in fremden Sprachen	10,-
„ in fremden Sprachen	1493,80
„ in fremden Sprachen	1801,06
„ in fremden Sprachen	711,70
„ in fremden Sprachen	5664,18
„ in fremden Sprachen	9653,64
„ in fremden Sprachen	66,-
„ in fremden Sprachen	906,-
„ in fremden Sprachen	750,-
„ in fremden Sprachen	750,-
„ in fremden Sprachen	600,-
„ in fremden Sprachen	148,-
„ in fremden Sprachen	632,-
„ in fremden Sprachen	1760,-
„ in fremden Sprachen	577,-
„ in fremden Sprachen	626,75
„ in fremden Sprachen	373,50
„ in fremden Sprachen	80,-
„ in fremden Sprachen	311,-
„ in fremden Sprachen	360,-
„ in fremden Sprachen	718,91
„ in fremden Sprachen	71,20
„ in fremden Sprachen	291,-
„ in fremden Sprachen	101,80
„ in fremden Sprachen	853,91
„ in fremden Sprachen	20,77
„ in fremden Sprachen	311,-
„ in fremden Sprachen	1322,64
„ in fremden Sprachen	232,75
„ in fremden Sprachen	35,70
„ in fremden Sprachen	7898,-
„ in fremden Sprachen	204,57
„ in fremden Sprachen	53,05
„ in fremden Sprachen	100,-
„ in fremden Sprachen	300,-
„ in fremden Sprachen	582420,26
Summa	M. 722108,02

Bilanz.

Einnahme	M. 764171,62
Ausgabe	722108,02
Reineinnahme	M. 42063,60

Hamburg, den 22. März 1908.

F. Küster, Kassierer.

Vorstehender Rechnungsabluß ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenergebnis ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

Die Revisoren:

G. Marks, B. H. Koch, W. H. Albrecht.

Berichte.

Annahme Kassierer.

Der Maurer Vinzenz Blachetta, geb. zu Sagan, Kreis Oppeln, hat in seiner Eigenschaft als Kassierer der Zweigvereine Reulendorf a. M. 200 unterschlagen. Blachetta ist nun vom Schöffengericht zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Wegen Unterschlagung von M. 157,05 Verbandsgebühren wurde der frühere Kassierer der Bahlsche Dieburg, Joseph Böbel, am 19. März 1908 von der Strafkammer darinnen zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Vom Landgericht Halberstadt wurde der Maurer Wilhelm Försterling wegen der gleichen Straftaten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Försterling hatte in Thale a. Harz mehrere Kassierereisen inne und hat dabei den Verband, die Zentralkassiererkasse und die Parteioffiziale um zusammen M. 417 geschädigt.

Gau Ostth. Konferenzbericht. Am 15. März, vormittags 10 Uhr, fand im „Goldenen Löwen“ zu Görlitz die achte Gaukonferenz statt. Anwesend waren 49 Delegierte und Kollege Silberbach als Vertreter des Hauptverbandes; als Gäste von der Gauleitung der Bauarbeiter Hartmann-Dresden und vom österröschischen Maurerverbande die Kollegen Fischer-Bodenbach und Wader-Neichenberg. Zur Leitung der Verhandlungen wurden die Kollegen Bohner-Liegnitz und Hornig-Grünberg, als Schriftführer Kollege Wapold gewählt. Die Mandatsprüfungskommission teilte mit, daß einige Delegierte ihre Mandate und Mitgliedsbücher nicht in Ordnung hatten. Bei einigen Delegierten waren die Extramarken nicht vollständig im Buch. Auf Antrag des Kollegen Silberbach mußten sich die Delegierten ihre Mitgliedsbücher sofort beim Görlitzer Kassierer in Ordnung bringen lassen. Hierauf gab Kollege Kupke den Geschäfts- und Kassenbericht von den Jahren 1906 und 1907. Da diese Berichte schon im „Grundstein“ erschienen sind, so sei ergänzend hierzu bemerkt, daß bereits die vorige Konferenz beschloß, in allen Zweigvereinen des Gaues Lokalaufschläge zu erheben. Dies ist aber noch nicht in allen Orten durchgeführt, es muß aber in Zukunft geschehen. Das Lokalaufschlagsvermögen sämtlicher Zweigvereine im Gau beträgt M. 16 604. Extrabearbeitungsmarkten find 41 000 Stück verkauft worden; auf das einzelne Mitglied entfallen 8,42. Die Extrabearbeitung sind in einigen Zweigvereinen gut verkauft worden; z. B. Sagan 12,78 Markten

pro Mitglied, Bernsdorf 11,06, Runnersdorf 9,10, Grünberg 9,14, Böbau 10,23, Schmiedberg 9,76 usw. In anderen wieder läßt der Vertrieb der Extramarken viel zu wünschen übrig, so in Görlitz mit 6,91, Slogau 5,14, Jauer 5,94, Landesgut 5,84, Brimkau 3, Kuslau 6,24, Seiffersdorf 6, Dehna 6,80 usw. Der Gau ist jetzt in 60 Lokalgemeinden eingeteilt. In diesem Frühjahr soll eine Zahlung sämtlicher Maurer im Gau vorgenommen werden; das Material hierzu wird den Zweigvereinen in den nächsten Wochen zugeführt werden. Da in diesem Jahre in den Industriorten und Großstädten weniger Arbeitsgelegenheit ist, werden sich die Maurer mehr nach den ländlichen Bezirken wenden, wo teilweise eine gute Bautätigkeit sein wird. In der folgenden Diskussion tadelte Kollege Schwabe-Löwenberg, daß der Zweigverein Goldberg 10 A pro Woche zu wenig an Beitrag leiste, und verlangte, daß der Lokalaufschlag außer dem Wochenbeitrag zu erheben sei. Kollege Scholz-Kaufschling schloß sich den Ausführungen Schwabes an. In der weiteren Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kaufschling, Hornig-Grünberg, Bohner-Liegnitz, Rosenberger-Slogau, Herzog-Weißwasser, Binkler-Sagan, und Dietrich-Königs. Im allgemeinen fand die Tätigkeit des Gauverbandes die Zustimmung der Delegierten. Die geäußerten Wünsche bezogen sich zumeist auf die Beitragsleistung, wobei die Orte nicht gut weg kamen, die den Lokalaufschlag bisher nicht eingeführt haben. Kollege Dietrich aus Penzig klagte darüber, daß Kollegen aus Weißwasser in Penzig von früh 5 Uhr bis abends 9 Uhr gearbeitet haben. Kollege Silberbach befragte die Entlohnung des Gaues, besonders die wirtschaftlichen Erfolge, die uns wohl als erste Schritte zur Besserung befriedigen könnten. Nach dem Gauericht sind jetzt nur noch zehn Orte im Gau, wo länger als zehn Stunden gearbeitet wird, während es vor drei Jahren noch 27 Orte waren. Das ist ein vorzügliches Resultat. Für 7410 Mitglieder ist eine Lohnverhöhung von 5 A pro Mitglied und Stunde im Durchschnitt errungen worden. In Schlesien waren die Löhne gegenüber dem übrigen Deutschland durchschnittlich immer um 10 A zurück. Es sei in den letzten zwei Jahren außerordentlich gut im Gau Ostth. gearbeitet worden. Es sei zu beachten, daß Schlesien ein hartes Feld für die Organisationen ist und daß die Unternehmer äußerst zäh und starkköpfig sind. Bezüglich der Extrabearbeitung wäre ein Tadel nicht zu erparnen. Dort, wo die Zweigvereinsleistungen auf dem Kasten waren, sind auch gute Erfolge erzielt worden. Die Beschlässe des Verbandstages müßten in konsequenter Weise durchgeführt werden. Ein Grundrücken um die Extrabearbeitung sei unter keinen Umständen zulässig. Die nicht zahlen wollen, gleichen den welken Blättern an unserem hoffnungsreichen Baume, die immer zuerst abfallen.

Genosse Hartmann aus Dresden forderte die Kollegen zur Mitarbeit bei der sehr schwierigen Organisation der Bauhelferarbeit auf.

Danach referierte Kollege Mag. Höer über Agitation. Redner machte über diesen Punkt sehr hehrerzeugende Ausführungen. In der jetzt beginnenden Agitation müsse jeder Kollege seine Schuldigkeit tun; mehr als sonst sei dieses Jahr gründliche Agitation am Platze. Besonders die Arbeit auf der Baustelle sei dringend erforderlich. Vom Gau aus würde alles geschehen, was möglich sei, um die noch zurückgebliebenen Orte vorwärts zu bringen. Das schwierigste Gebiet der Agitation dürfte aber in unseren eigenen Reihen sein. Nicht Unwissenheit, sondern eine Art Völskeit, die oft bis zur Niedertracht ausarte, macht sich mitunter bemerkbar. Wenn es auch derartige Kollegen nicht verabsichtigen, so rüden sie doch oft großen Schaden innerhalb der Organisation an. Redner besprach dann einzelne wichtige Gebiete, wo die Aufklärung besonders nötig sei. Ueber den Verthe mit den gegnerischen Organisationen sagte er, man müsse die den gegnerischen Organisationen angehörigen Kollegen durch Aufklärung von der Schädlichkeit solcher Sonderorganisationen überzeugen. Diese Organisationen dürften nicht erst festen Fuß fassen.

Kollege Kupke sprach über die Lohnbewegung in diesem Jahre. Er sagte, unser Gegner sei stark geworden und biete uns jetzt den Kampf an. Der Mustertarif sei vorgelegt in Sagan, Sprottau, Grünberg und Hirschberg. Wir könnten diesen Tarif nicht anerkennen. In Sagan sind die Unternehmer besonders naiv, sie sagen, wenn kein Widerspruch erfolge, so gelte der Tarif als anerkannt. Wollen die Unternehmer auch das nicht mehr gelten lassen, daß zum Abbruch eines Tarifes zwei gehören? Wir wollen nicht aufreizen, aber wir weisen mit aller Entschiedenheit zurück, was sich mit unserer Ehre nicht vereinbart. Es wird an uns liegen, ob wir als Sieger aus solchem Kampfe hervorgehen. Gerade in den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges wird die Probe zu bestehen sein, ob wir in uns gestiftet sind oder nicht. Gelingt es den Unternehmern einmal, einen Sieg zu erringen, dann schließt ihnen der Kampf. Kollege Kupke ging dann den Mustertarif durch und übte eine scharfe Kritik daran; er sei für uns unannehmbar. Seinen Ausführungen folgte ein Referat von Silberbach über den gleichen Gegenstand. Verschiedene Anträge und Wünsche einzelner Delegierten werden dem Gauverband zur Verdisfaltung überwiesen. Dann sprachen noch die Kollegen Fischer-Bodenbach und Wader-Neichenberg. Sie versicherten uns ihrer vollen Sympathie und Solidarität. Deutsche Unternehmern hätten bereits Agenten nach Bogen entsandt, um Maurer nach Deutschland anzuwerben, aber sie würden kein Glück haben. Die Oesterreicher würden ihren deutschen Kollegen nicht in den Rücken fallen. Der junge österröschische Maurerverband habe sich träftig entwickelt. Es ist notwendig, den Führer, daß wir miteinander harmonieren. Unsere Hoffnung ist, daß auch deutschen Kollegen der Sieg wird; denn unser Sieg ist auch unser Sieg. Ein solcher Seelenvertrauer hat bereits den verdienten Lohn erhalten. In Ulkersdorf in Böhmen ist bereits ein Agent dorthin verprügelt worden, daß er in aller Eile hat müssen in den Schmuggel springen, um sein Leben zu retten. — Bei der Raß des Gauverbandes wurden gewählt: Kollege Kupke als Gauvorsitzer, W. Höer als Stellvertreter, Wedemuth als Kassierer (die Wohnung deselben ist jetzt: Pragerstraße 98), als Revisoren Wapold, Böbel, und W. Höer. Nach einigen Schlussworten der Kollegen Kupke, Silber-

bach und Bohner wurde die Konferenz mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Gau München. (Konferenzbericht.) Samstag, den 7. und Sonntag, den 8. März, tagte im „Orientalischen Cafe“ in München die Konferenz für unseren Gau. Vertreten waren 33 Zweigvereine durch 57 Delegierte; nicht vertreten waren die Zweigvereine Reichsgaden, Neumarkt a. R., Nördlingen, Tölz und Weßerham. Der Hauptvorstand war durch Kollegen Silberbach vertreten. Als Gäste waren anwesend: Gauleiter Kästelmann vom Bauhelferarbeiterverband, Gauleiter Kemmer vom Verband der Zimmerer, Arbeitersekretär Anieriem vom Gewerkschaftsverein und Herrn von der Bauarbeitergutschommmission. In das Bureau wurden gewählt Schäfer-München und März-Augsburg als Vorsitzende, Glas-München und Hintermeier-Reichenhall als Schriftführer. Mit der Begrüßung der Delegierten und Gäste durch den Gauvorsitzenden Partl und der Konstituierung der Konferenz war die Tagung zu Ende; der übrige Teil des Abends war der Unterhaltung gewidmet. Am Sonntag wurde die Sitzung um 9 Uhr vormittags eröffnet und zum ersten Punkt erhaltete Kollege Partl den Bericht für 1908/07, der zum größten Teil bereits im „Grundstein“ in den Nummern 6, 1907 und 7, 1908 erschienen ist. Redner sprach den Wunsch aus, daß die heutige Gaukonferenz dazu beitragen möge, die Organisation nach innen besser auszubauen. Im ganzen Gau Südbayern sei es vorwärts gegangen; wenn der Erfolg im Jahre 1907 nicht so sehr in die Augen fällt, so liegt das daran, daß sich die Organisation überall ausgedehnt und festen Fuß gefaßt habe. Es sei angemerkt, daß besonders 1905 die Münchner Kollegen, die durch die Ausprägung auf das Land getrieben wurden, sehr erfolgreich agitiert haben, so daß man sich jetzt hauptsächlich mit dem inneren Ausbau der Zweigvereine beschäftigen müsse. Einzelne Zweigvereine hätten ihre Pflichten nicht ganz erfüllt. Besonders sei bei Einführung des Extrabearbeitung von einigen Verwaltungen nicht mit der nötigen Energie vorgegangen worden; hier müsse das Versäumnis nachgeholt werden. Die bevorstehende Bewegung im Baugewerbe werde wohl jeden Kollegen von der Notwendigkeit der Extrabearbeitung überzeugt haben. Es müsse alles versucht werden, um die rückständigen Beiträge hereinzubringen, da die betreffenden Kollegen sonst ihre kassatorischen Rechte verlieren würden. Reider würden auch einzelne Zweigvereine nicht so verwalten, wie es notwendig ist. Es sei vorgekommen, daß eine einzige Person die ganzen Verwaltungsgeschäfte geführt habe. Dies müsse in Zukunft anders werden. Sämtliche Vorstandsmitglieder müssen zur Arbeit und zur Führung der Geschäfte herangezogen werden. Durch regelmäßige Monatsversammlungen und durch freie Literatur könnten die Kollegen aufgeklärt werden, doch man solle auch die Frauen bei der Aufklärungsarbeit nicht übersehen. Das beste Mittel, um in ständiger Fühlung mit den Kollegen zu stehen, sei die Hausaufklärung. Mit der Hoffnung, daß die Konferenz, erkannt habe, daß nur zum Wohle der Maurerbewegung gearbeitet worden sei, schloß Partl seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Kollege Stadler gab hierauf den Kassenbericht; dessen Wichtigkeit die Revisoren betonen. Zum zweiten und wichtigsten Punkt der Konferenz: „Lohnbewegung mit besonderer Bezugnahme auf die bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe“, referierte Kollege Silberbach. Er tadelte dabei das Gebaren gewisser bürgerlicher Blätter, die dem Hauptvorstand der Maurer Schachtmaderie vortrügen; in Wirklichkeit sei weder schach noch flau gemacht worden. Lediglich die nackten Tatsachen seien entblüht und besprochen worden. Seine Ausführungen deckten sich mit denen auf der Berliner Gaukonferenz. (Siehe Ar. 12 des „Grundstein“.) Kollege Silberbach betonte u. a., es sei notwendig, die Angriffe des Arbeitgeberverbandes zurückzuschlagen. Denn wohin die Reise gehe, lese man in Berlin, wo die Unternehmer den Lohn für Maurer von 75 A auf 65 und 60 A herabsetzen wollen; es sei handgreiflich, daß die Unternehmer einen Kampf provozieren wollten, wie er noch nie dagewesen sei. Das sei aber kein Grund für uns, müßlos zu sein. „Und wenn wir kämpfen müssen, so kämpfen wir nicht um des Kampfes willen, sondern um die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen!“ so schloß er seine mit reichem Beifall belohnten Ausführungen. Dem Referate folgte eine lebhafteste Debatte. Zum dritten Punkt „Agitation“ sprach Kollege Stadler. Er schilderte die Schwierigkeit der Agitation auf dem Lande. Den Beweis, daß Kleinagitation am zweckmäßigsten und erfolgreichsten sei, habe München erbracht; dort sei es möglich gewesen, durch Hausagitation und kleine Versprechungen den ganzen Umkreis zu organisieren. Redner forderte die Delegierten auf, es ähnlich zu machen, wenn auch der Erfolg nicht das erste Mal gleich da sei. Von den Zweigvereinen Reichenhall, Bindau, Eggenstein, Kaufbeuren, sowie von der Pfaffenlochersektion München lagen zu diesem Punkte Anträge vor, die bewiesen, daß die Delegierten ernstlich gewillt sind, alle noch ausstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen. Kollege Silberbach erbat die Delegierten, das in nächster Zeit erscheinende Flugblatt richtig zu verbreiten und dabei rege Hausagitation zu entfalten. Die Zweigvereinsgebiete sollen genau abgeteilt und die Zweigvereine verpflichtet werden, in ihren Bezirken die Agitation zu betreiben. Bei der Wahl des Gauverbandes wurden sämtliche Kollegen wiedergewählt, bis auf den Kollegen Schuster, der eine Wiederwahl ablehnte. An seine Stelle tritt Kollege Birnkammer als Beisitzer. Als Revisoren wurden die Kollegen Bent, Häber und Griesberger gewählt. In seinem Schlusswort dankte Partl den Delegierten für ihre rege Mitarbeit bei der Konferenz und teilte mit, daß in nächster Zeit in sämtlichen Zweigvereinen Versammlungen abgehalten werden sollen. Der Verkauf der Konferenz habe gezeigt, daß die Delegierten den Organisationsgedanken gut erfaßt hätten. Nach einem Schlusswort des Kollegen Schäfer wurde die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Verband abends 6 1/2 Uhr geschlossen.

F. G.

Abstimmung. Sonntag, den 15. März, fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu der sich fast sämtliche Kollegen eingefunden hatten. Dabei stellte

und die Kollegen sind um ihren fauer verdienten Lohn geprellt.

Es scheint aber, als wenn die Polizeibehörde diesen Wutstich das Dandwerf legen will. In einer Klage gegen einen „Bauunternehmer“, der seinen Leuten „1100 Mark Geld schuldig geblieben war, wurde dessen Unpünktlichkeit durch Erzwingung des Offenbarungseides“ festgestellt. Jetzt hat die Polizeibehörde den Anwälten der Kläger mitgeteilt, daß dem Betreffenden, weil er den Offenbarungseid geleistet hat, die Ausübung des Gewerbebetriebes als Maurermeister und Bauunternehmer so lange unterjagt sei, bis er die genannte Schuld bezahlt habe.

Außer den gewerblichen Klagen war in zwei Fällen Anklage wegen Vergehen gegen den § 163 der Gewerbeordnung erhoben. Im ersten Falle sollte der erste Vorsitzende hiergegen verstoßen haben, indem er an einem Bau des Zimmermeisters Arnold aus Altona an der Pinneberger Chaussee (über den vom Verband der Zimmerer die Sperre verhängt war) die arbeitswilligen Zimmerleute beleidigt hätte. In; er sollte sogar durch Erziehung versucht haben, sie zum Eintritt in den Zimmererverband zu bewegen. Das Vergehen wurde aber nach der Vorunterjagung von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Im zweiten Falle war der zweite Vorsitzende wegen desselben Vergehens angeklagt. Er sollte während des Streiks der Zementierer den Schichtmeister H. Siegmann aus Wandersbøl am Bau der Firma Martin Endas am Fischmarkt in seiner Ehre verletzt haben. Solange Gebude hatte den bei der Arbeitseinstellung am Bau gebliebenen Arbeitern (darunter auch St.) in einem Schreiben zu verstehen gegeben, daß sie ebenfalls die Arbeit einzustellen hätten, da sie doch Mitglieder des Verbandes seien. St. hatte sich anfänglich nicht verlegt gefühlt. Als ihn aber nach einigen Tagen der Firmeneinhaber fragte, ob er sich denn gar nicht in seiner Ehre verletzt fühle, da erst dachte St. daran, daß er auch eine Ehre bestie und sagte, ja, er fühle sich verletzt. Herr Endas hatte nun nichts Gütliches zu tun (damit die Ehre seines Schichtmeisters wieder repariert werde), als zum Kadi zu laufen und die Sache anzugehen. Vom Schöffengericht zu acht Tagen Gefängnis verurteilt, erniedrigte das Landgericht die Strafe auf zwei Tage Gefängnis, welche Strafe auch vom Oberlandesgericht bestätigt wurde.

Die Korrespondenz verzeichnet 2695 Eingänge und 6937 Ausgänge. An Zirkularen, Versammlungseinladungen wurden 25566 im Bureau angestrichelt und verschrift.

Die persönlichen Ausgaben betrugen im Berichtsjahre pro Mitglied 1,53 im Jahre 1908 1,40 und im Jahre 1905 1,43. Die Beitragsleistung ist im Berichtsjahre nicht so pünktlich erfolgt als im vorigen Jahre, was wohl zum Teil mit auf die Erhebung des Extrabeitrages zurückzuführen ist. Mit ihren ordentlichen Beiträgen im Rückstand waren von 1 bis 4 Wochen 414, 1 bis 9 Wochen 289, und über 9 Wochen 172 Kollegen, zusammen 875 oder rund 17 pSt. der gesamten Mitgliederzahl am Jahres-schluss.

Voll bezahlt hatten am Jahres-schluss 4288, gleich 83 pSt. gegenüber 86,2 pSt. im Jahre 1906. An Extramärkten waren bis zum Jahres-schluss umgelegt: 46 574 a 60 s, 1945 a 50 s, und 2231 Arbeitslosenmärkten. Nach der Durchschnittsmittelgliederzahl vom dritten und vierten Quartal entfallen somit 9,14 Extramärkten auf das Mitglied. Von 456 Restanten weigern sich 34, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Obwohl der Einführung der Extramärkten eine starke Opposition vorausging, muß doch nach dem vorliegenden Ergebnis zur Ehre der Hamburger Kollegen anerkannt werden, daß sie sich ihrer Pflicht voll bemußt waren. Offenlich werden auch die Einnahmen recht bald zur Erkenntnis gelangen. An Verbandsliteratur wurden an die Mitglieder verabsandt 1255 Protokolle vom neunten Verbandstage, 856 Verbandskalender und 38 Stück von „Arbeit und Kultur“. Die Kassengeschäfte des Zweigvereins mitleiden sich in folgender Weise ab: Die Einnahme und Ausgabe der Hauptkassette betrug A 170 468,82. Die größeren Posten in der Ausgabe sind: für Sterbeunterstützung A 4072,50, Krankenunterstützung A 11 068,10, Reiseunterstützung im Winter und zugereichte Streikende A 1251,50, Rechtschutz A 781,96. Der Solafasse wurden A 40 377,94 überwiesen. Die Einnahme der Solafasse betrug nst. Bestand vom vorigen Jahre A 103 042,12, die Ausgabe A 48 079,73. Hieron Unterjagungen infl. A 6000 zum Bahlfonds der Sozialdemokratischen Partei A 10 429,50, Agitation A 1133,70, Verwaltungsausgaben: persönliche A 10 138,03, sadische A 6229,60 und sonstige Ausgaben A 21 148,64. Das Gesamtergebnis der Kassisten bezieht sich auf A 56 250,08.

In der am 22. März im Gewerkschaftshause stattgefundenen Generalversammlung, die außerordentlich gut besucht war, wurde zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen H. Heimann, Hilmer und Elberb in der üblichen Weise geehrt. Dann gab Kollege Garbow an der Hand des gedruckt vorliegenden Jahresberichts nähere Erläuterungen. Diskussion hierzu wurde nicht beliebt. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer wie dem geschäftsführenden Ausschuss einstimmig Entlassung erteilt. Kollege Deutsch gab dann als Obmann der Wahlkommission das Wahlreglement zur Wahl des geschäftsführenden Ausschusses bekannt, das ebenfalls die Zustimmung der Versammlung fand. Nachdem ferner die Liste der vorgeschlagenen Kollegen verlesen und auf die am 29. März stattfindende Wahl hingewiesen worden war, schloß der Vorsitzende mit einem Appell an die Mitglieder, weiter an der Ausbreitung der Organisation zu arbeiten, die imposante Versammlung.

Karlruhe. Eine Brämie wegen glatter Durchführung des Vertragsbuches hat zweifellos die Firma Th. Heflig, Zementgeschäft, hier, verdient. Diese Firma hat im Mai vorigen Jahres mit dem organisierten Zementierern und Asphaltverlegern einen Tarifvertrag abgeschlossen; bis heute ist es aber dem Herrn Heflig noch nicht in den Sinn gekommen, die vertraglichen Abmachungen auch einzuführen; im Gegenteil, mit allen möglichen Schikanen versucht man, die dort beschäftigten Arbeiter zu entrechten. Wer Anspruch auf den tarifmäßigen Lohn macht, wird entlassen. Für diese Behauptung wollen wir durch nachfolgende Ausführungen den Beweis erbringen. Der Zementeur Franz Gerlinger von hier war bei dieser

Firma beschäftigt. Am 7. März wurde er ohne weiteres entlassen, obgleich kein Arbeitsmangel vorhanden war. Der Geschäftsführer Bode ließ dem Gerlinger sagen, durch einen Herrn Reichert, der ebenfalls im Bureau tätig ist, er stelle es dem Gerlinger frei, ins Bureau zu kommen, um noch einmal mit Herrn Heflig wegen der Entlassung zu sprechen. Gerlinger, der die Entlassung nicht begreifen konnte, ging denn auch am 8. März auf das Bureau, um mit Herrn Heflig zu reden. Dazu kam er aber nicht; denn Herr Bode sagte ihm an der Tür ab und ging mit ihm in den Hof, und hier erklärte der Herr Bode: „Gerlinger, es tut mir sehr leid, der Herr Heflig läßt Sie nicht weiterarbeiten; Sie wissen ja, es ist wegen des hohen Stundenlohnes und wegen der Sonntagszulage, weil Sie im letzten Jahre reklamiert haben.“ Sie sehen also, Herr Gerlinger, ich bin unschuldig, entschuldigen Sie mich, es tut mir wirklich sehr leid.“ Der hohe Lohn, den Gerlinger im vorigen Jahre reklamiert hat, war der tarifmäßige Lohn von 50 s pro Stunde, weil ihm von der Firma weniger ausbezahlt worden war. Auch dies Jahr erhielt Gerlinger statt 50 nur 52 s pro Stunde ausbezahlt. Am 7. d. M. ging die Entlassung vor sich; Gerlinger konnte an diesem Tage den Lohn nicht reklamiert, weil er den Herrn Bode nicht antraf, denn dieser hatte kurz vor der Lohnzahlung die Poststelle verlassen; jedenfalls, um den verschiedenen Reklamationen aus dem Wege zu gehen. Am 8. März hatte Gerlinger wieder keine Gelegenheit, über diese Frage mit Herrn Bode zu reden, weshalb Gerlinger am 11. März aufs Bureau ging, um sich die Lohnminderungs bis zu 50 s pro Stunde ausbezahlen zu lassen. Aber auch diesmal kam Gerlinger schon an. Herr Bode nahm den Gerlinger wieder in Empfang; letzterer trug ihm Anliegen vor und belam von Herrn Bode folgende Antwort: „Gerlinger, Sie haben Ihren Lohn bekommen, machen Sie uns keine Schwierigkeiten, sonst geht es Ihnen, wie im vorigen Jahre dem Zementeur Streib; denn Sie wissen ja, Herr Heflig kommt mit den anderen Herren auf. Der Zementeur Streib war Vorsitzender der Zementereinfektion; das haben ihm die Herren vom Materialhändlerverband ganz gemalt nachgetragen. Streib wurde von einer Firma zur anderen gehetzt, nirgend wurde er eingestellt, und so stellte es nach den Aussagen des Herrn Bode auch dem Gerlinger ergeben, wenn dieser sich nicht mit 52 s Stundenlohn zufrieden gab. Ungeachtet dessen lagte Gerlinger gegen Heflig bei dem Gewerbegericht. Die Verhandlung fand am 18. d. M. statt. Gerlinger, der überall als selbständiger Zementeur tätig und auch demensprechende Zeugnisse vorzulegen in der Lage war, glaubte, daß die Firma auf Grund des vereinbarten Tarifvertrages verurteilt werden müßte, an ihn für jede gearbeitete Stunde den Betrag von 4 s nachzahlen; er sollte sich aber getäuscht haben. Gerlinger wurde mit seiner Klage mit folgender Begründung abgewiesen: Das Gericht nahm an, daß die Firma deshalb den Lohn von 50 s nicht zu bezahlen brauche, weil Gerlinger überhaupt seinen Lohn mit der Firma vereinbart habe, und weil nicht bewiesen sei, daß Gerlinger ein selbständiger Arbeiter ist. Der Standpunkt des Gewerbegerichts ist nun insofern ungerichtlich, weil doch in dem Tarifvertrag mit der Firma Heflig der Stundenlohn festgelegt ist, und daß es darum ausgeschlossen ist, daß jeder neu eintretende Arbeiter mit der Firma den Lohn vereinbaren müsse. Nun war es bisher üblich, daß Arbeiter den Beweis für ihre Fähigkeit in ihrem Beruf durch Zeugnisse erbringen konnten, dieses hat auch Gerlinger getan; es ist deshalb um so ungerichtlich, daß Gerlinger abgewiesen wurde. Jedemfalls hat doch Gerlinger damit, daß er von der Firma vor seiner Entlassung als Vorarbeiter beschäftigt wurde, den Beweis erbracht, daß er in jeder Beziehung als selbständiger Zementeur von der Firma Heflig behandelt und betrachtet worden ist. In seiner mahren Gestalt zeigte sich bei der Verhandlung der Vertreter der Firma, Herr Bode. Er wurde vom Vorstehenden befragt, warum die Firma den Gerlinger wieder eingestellt habe, nachdem er im vorigen Jahre schon den tarifmäßigen Lohn verlangt habe? Darauf erklärte Bode: „Überall, wo mich Gerlinger angetroffen hat, hat er mich angehalten, im Bau, auf der Straße, und hat um Arbeit gefragt.“ Demgegenüber sei nur festzustellen, daß Gerlinger den Herrn Bode bei seiner Wiedereinstellung am 2. März 1908 zum ersten Male seit seiner Entlassung im vorigen Jahre wieder gesprochen hat. Ungegründet ist es, warum Herr Bode als Vertreter der Firma Heflig solche Gefälligkeit an den Tag legt. Das Urteil ist in dieser Angelegenheit gefällig; trotz Tarifvertrages, trotz Zeugnisse, daß der Kläger selbständiger Zementeur ist, ist er mit seiner Klage abgewiesen worden. Die Arbeiter tun gut daran, wenn sie sich dieses Urteil merken und in ihren Versammlungen zur Sprache bringen. Als Vorsitzender des Gewerbegerichts bei dieser Verhandlung fungierte Stadtrat Voed. Als Beisitzer der Maurermeister Christ und ein Arbeitnehmer aus den Reihen der „Christlichen“.

Leipzig. Hier tagte am 17. März eine Versammlung in der Kollege Koch über das Thema: „Wenig Arbeit, teures Brot.“ referierte. Er erklärte in verständlicher Weise die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und ihre nachteiligen Folgen für das Baugewerbe und befragt in seinen weiteren Ausführungen, gelöst auf reichliches statistisches Material, die für den Arbeiter schädlichen Wirkungen der Zollgegebung. Am dem beifällig aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine kurze Debatte, in der die Kollegen aufgefordert wurden, sich neben der gewerkschaftlichen auch der politischen Organisation anzuschließen. Hierauf gab der Vertrauensmann die geperreten Bauten bekannt. Es sind: Stenstall, Mödern, Söhrtrage (jetziger Bauherr Jäger), Marien & Runge, Bahnhofsbauten, Verndt & Söhne, Berlinerstraße, sowie Kögel, Landesbergerstraße (jetziger Bauherr Köttig & Sebel). Es ist die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, daß einige Verbandsmitglieder auf den geperreten Bauten in Arbeit getreten sind. Einem früheren Versammlungsbeschluß entsprechend, soll gegen diese der Ausschluß aus dem Verband beantragt werden. Ferner kam die von den Bauhilfsarbeitern verhängte Sperre über den Bau Franke in Eutritsch zur Sprache. Der Vertreter der Bauhilfsarbeitertabelle, daß die dort beschäftigten gewesenen Maurer nicht gemeinschaftliche Sache mit den Bauhilfsarbeitern gemacht hätten, und glaubte ihnen unvollständiges Verhalten nachsagen zu müssen. Vom Kollegen Berthold wurde dieses energisch zurückgewiesen und betont, daß von unserer Seite

der Kartellvertrag erfüllt worden sei und kein Grund vorzulegen habe, den Bau zu sperren, auch die Notiz in der „Leipziger Volkszeitung“ in derselben Sache müsse er zurückweisen. Nach Richtigstellung einiger, im vorigen Versammlungsbericht dem Sinn nach unrichtig wiedergegebener Äußerungen des Kollegen Junold, die von dem vorigen Schriftführer bestritten wurden, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Oberjuhl. In dem Bericht in Nr. 9 ist uns in bezug auf den „Kollegen“ Simer ein kleines Mißverständnis unterlaufen. Es heißt da, daß E. einmal zum Bauhilfsarbeiter gesagt habe, er wolle den anderen erst einmal zeigen, wie gearbeitet werden müsse. Das ist insofern falsch, als vielmehr der Bauhilfsarbeiter zu E. gesagt hat, er möge einmal den anderen Gefellen zeigen, wie gearbeitet werden müsse.

Potsdam. In der am 17. März abgehaltenen Maurerverversammlung hielt Kollege Anton aus Berlin einen Vortrag über: „Die Pläne“ des Arbeitgeberverbandes, die Stodung im Baugewerbe und welche Schlüsse ziehen wir daraus.“ Er erörterte zunächst das Verhältnis der Arbeiter sowie der Unternehmer zur Arbeit. Während auf der einen Seite die Schöpfer der Ergebnisse in Not und Elend ihre Leben fristen, sei auf der anderen Seite Wohlstand und Ueberfluß vorhanden. Weiter besprach er die gegenwärtige Stodung im Baugewerbe, und wie die Unternehmer es verständen, diese Kräfte für sich auszunutzen, indem sie einen gewissen Ueberfall auf die Organisation auszuführen versuchten. Wenn auch in diesem Jahre so mancher Kampf gegen die Willkür der Unternehmer zu führen sei, so sei es doch Pflicht der Kollegen, mutig mitzulämpfen und nicht bei dem kleinsten Windstöße die Flinte ins Korn zu werfen. Jeder einzelne müsse seine ganze Kraft dafür einsetzen, daß uns das, was man nach jahrelanger, harter Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiet errungen habe, auch erhalten bleibe. Am dieses zu erreichen, sei vor allen Dingen Einigkeit der Kollegen und Solidarität notwendig, denn dadurch sei ein geschlossenes Vorgehen möglich und hierdurch am besten die etwaigen Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Die anschließende Diskussion zeigte, daß die Versammelten mit diesen Ausführungen vollständig einverstanden waren.

Habensburg. In Weingarten tagte Sonntag, den 15. März, eine Baubauarbeiterversammlung. Nachdem einige Kollegen alle Bekannten persönlich eingeladen hatten, begann gleich darauf die Versammlung, zu der Kollege Keller, zweiter Kartellvorsitzender, über: „Die Notwendigkeit der Organisation“ sprach. Nach einkündigten Ausführungen des Referenten, der in deutlichen Worten den Anwesenden ins Herz rebete, ließen sich gleich acht Kollegen in den Verband aufnehmen. Weitere gaben das Versprechen, recht bald dem Verband beizutreten. In der Diskussion erzählte ein Kollege von der acht Tage vorher abgehaltenen gänzlich erfolglosen christlichen Baubauarbeiterversammlung, in der sich ein Redner unter anderen in Schimpfereien auf die freien Gewerkschaften ergangen und diese als ein Mißprodukt bezeichnet habe. Nachdem Referent Keller noch das schädliche Treiben der Christlichen gebremdet, und an die Anwesenden ein herzhaftes Schlusswort gerichtet hatte, konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Reichenbach i. V. Sonntag, den 8. März, tagte hier eine öffentliche, nur mäßig besuchte Maurerverversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob sich die Versammlung zur Ehrung des verstorbenen Kollegen Ernst Groß von den Plänen. Den Bericht von der Konferenz ersetzte Kollege Ludwig, der beifällig aufgenommen wurde. In der Diskussion billigten sämtliche Redner die gegen das provisorische Vorgehen des Arbeitgeberverbandes gestroffenen Maßnahmen. Schließlich wurde noch beschlossen, am nächsten Sonntag, den 15. dieses Monats, eine Flugblattverteilung vorzunehmen, woran sich jedes Mitglied beteiligen soll, um auch den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Bezüglich der Extrabeiträge wurde beschlossen, die rückständigen Kollegen aufzufinden, damit sie ihren Pflichten unverzüglich nachkommen.

Nürnberg. Am 8. März tagte unsere gut besuchte Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand die Lohnfrage für 1908. Kollege Mügel aus Riedel referierte zunächst über die Taktik der Unternehmerverbände, worauf eine rege Diskussion folgte. Da uns laut Tarif 1907 die zehnständige Arbeitszeit für dieses Jahr bewilligt ist, so wurde folgende Forderung einstimmig aufgestellt: Der Stundenlohn betragt vom 1. April 1908 an für die Stadt 42 s, für Landarbeit 45 s. Ferner wurden noch mehrere Reihenforderungen aufgestellt. In Damgarten macht der Unternehmer Ebert jetzt schon allerlei Minderungen, indem er billige Arbeitskräfte haben will. An unsere Kollegen stellte er das Anfinnen, sie möchten für 30 s Stundenlohn auf dem benachbarten Gute Daslow ausklochten. Unsere Kollegen lehnten dieses Anfinnen strikte ab; aber leider find es Kollegen aus Nachbarzweckvereinen, die unsere anderen Kollegen aus der Arbeit drängen resp. uns ein Hinbernis entgegenstellen. Sie sollten statt dessen unseren Ort vorläufig meiden.

Schwabach. Am 8. März tagte hier eine sehr schlecht besuchte Mitgliederversammlung; es waren 34 Kollegen anwesend. Als Referent war Kollege Herrmann aus Eichenau anwesend. Er schilderte in leicht verständlicher Weise die schweren Kämpfe und bedeutenden Erwerbsverluste unseres Verbandes von der Gründung bis zum heutigen Tage. Hierbei streifte er auch die Verhältnisse am hiesigen Orte und erklärte, daß wir trotz aller Lohnaufbesserungen noch weit unter dem Durchschnittslohn im Reiche ständen. Dann kam der Referent auf die Schatzmachergeselle der Unternehmer zu sprechen und zeigte, wie sie von jeder schon beliebt gewesen sind, unserer Organisation Knüttel anzuheben die Weine zu werfen; jetzt wollten sie den augenblicklich herrschenden wirtschaftlichen Niedergang dazu benutzen, unsere Organisation zu zerstückern. Zum Schluss ermahnte Kollege Herrmann die Anwesenden, sich enger um das Banner der Organisation zu scharen, dann würden sich auch am hiesigen Orte die Unternehmer an der Einigkeit der deutschen Arbeiter die Stütze einrennen. Beifolger Beifall lobte dem Referenten Herrmann für seine portrefflichen

O. sancta simplicitas! Sollte Herr Schmiedehaus wirklich nicht wissen, daß der von ihm abgedruckte Gruß nur ein Reflex der Umgebung des Untersuchungsorgans und die Berliner „Neueste Nachrichten“ ein Untersuchungsorgan par excellence ist?

Verschiedenes.

Die gefüllte Hufe. In unserer Schule war ein Stinbe von armen Eltern, der trug eine Hufe, die war so vielfarbig gefüllt, daß wir alle unseren tollen Spaß daran hatten. Und immer, wenn man glaubte, jetzt sei es zu Ende, jetzt komme endlich eine neue Hufe, dann sah plötzlich wieder ein großer brauner Hufen darauf, und alle diese kleinen Hufen rings umher schienen mit neuem Mut in die Zukunft zu sehen — so wie in einem verzweifelten Hufe, wenn plötzlich ein großer und lappiger Staatsmann die Hufe ergreift. Nach der Heimkehr von den Ferien war es unser festliches Vergnügen im Schulhof, Müllers Hufe zu besichtigen, und großes Gelächter hörte man erschallen, wenn sie inquisitorisch bunter geworden war.

Wie schäme ich mich heute dieses Gelächters!

Es war ja nicht böse gemeint — aber so unendlich dumm und gedankenlos. Wir sahen nur die bunten Hufen, aber nicht das, wovon sie erzählten: eine ganze Welt von sorgender Mutterliebe, durchwachte Nachstunden und gewiß auch viele Tränen darüber, daß die ganze mühsame Huferei doch nur etwas zu stande brachte, worüber der Sohn in der Schule ausgelacht wurde. Mit welch ärmlicher Geldsumme mußte die Mutter wohl den ganzen Haushalt bestreiten und wie ängstlich mag sie genächt haben, damit die Hufe noch ins neue Jahr hinein hinfest! Wieviel tausendmal mehr wert war diese Hufe als das schönste und modernste englische Weinfeld mit seinen taublosen Fäulen! Dab! ihr einmal davon gehört, daß man heute oft Hunderttausende von Mark bezahlt für Gemälde von alten Meistern, die oft noch gar nicht richtig gezeichnet konnten, aber dafür so viel Liebe und Andacht in ihre Bilder legten, daß man noch heute, nach vielen Jahrhunderten, ganz warm und innig davon berührt wird? Nun — Müllers gefüllte Hufe war auch so ein Kunstwerk, und ich würde heute viel Geld dafür geben, wenn sie zum Verkauf ausgetrieben würde; und an der Tafel würde ich sie aufhängen wie eine Wandkarte und euch mit dem Kartenfisch die wunderbare Fingerteil der Mutterliebe zeigen: wieviel Nachdenken, wieviel Fürsorge da hineingearbeitet ist in dieses ärmliche Stück Zeug, so viel, daß es selbst der erste Schneider von Paris nicht nachmachen könnte, sondern ausführen müßte: So viel Geduld hat kein Schneider und keine Maschine, das kann nur eine Mutter!

Dann würdet ihr begreifen, wieviel Dummheit dazu gehört, über solch eine Hufe zu lachen! Wer so zu flüßern vermag, das kann kein gewöhnlicher Mensch sein: Müllers Mutter war sicher eine außergewöhnliche Frau, und ich bedauere nachträglich nur, daß wir Müller nie um die Erlaubnis gebeten haben, sie zu besuchen. Wenn ihr jemals so eine gefüllte Hufe trifft, denkt an das, was ich euch heute erzählt habe! — Daß man die Entstehungsgeschichte solch einer gefüllten Hufe versteht und daß man herauslesen kann, was da alles hineingearbeitet ist — das ist wichtiger, als daß man ganze Bände von Weltgeschichte lesen kann und über Entstehungsgeschichte der Feuerfessenden Berge Bescheid weiß. Warum ist es wohl wichtiger? Weil es nichts Schlimmeres gibt, als daß liebevolle und fleißige Arbeit ausgedacht und verpöthet wird, und weil unsere wahre Bildung sich darin zeigt, daß wir, wie am untern Orte lagen. Zu dieser Bildung aber helfen weder Weltgeschichte noch Naturkunde, so wichtig sie sonst sind — nein, nur durch eigenes Nachdenken über das Leben unserer Mitmenschen können wir dazu.

Wenn ihr einmal einen Knaben mit einer gefüllten Hufe trifft, der sich vor dem Lachen seiner Kameraden schämt, so ruft ihm nur zu: „Du, sei stolz auf deine Mutter, du trägst ja die kostbarsten Sorgen der Welt!“ — Ist das nicht wahr? Ist nicht Mutterliebe hingeworfen, und in das nicht weit vornehmer und schöner, als wären sie goldgewirbt? — Und wenn er sie mit Stolz und Dankbarkeit trägt, sind es dann nicht wahrhaft besetzte Hufen — ein wahres Stellschwein der besten Gefühle der Menschheit?

„Sprachwissenschaftliches.“ (Zur Läuterung des A u d r u c k s.) Ich lese in der Zeitung folgenden Satz: „In Mexiko ist die Lage der Arbeiterschaft eine sehr gedrückte.“ Der Schreiber dieser Worte glaubt wahrscheinlich, sich damit höchst fein und modern ausgedrückt zu haben. „Modern“ scheint ja auch zu stimmen. Denn leider sind wir trotz aller eifriger Gegenbemühungen so weit in der schludrigen Handhabung unserer Sprache gekommen, daß viele Tageschriftsteller erlaubt anfordern, wenn ihnen gesagt wird, daß der angeführte Satz einen argen Schnitzer enthält, der gegen ein Grundgesetz unserer Sprache verstößt. Um allen, aus dem Ungeheuren, verständlich zu sein, will ich dies Gesetz ohne alle grammatischen Fachausdrücke hier hersehen. Es lautet: Wenn man von einem Gegenstande eine Aussage machen will, die ein Urteil enthalten soll, so steht das Eigenschaftswort oder Mittelwort (hier: gedrückt), das die Aussage hervorhebt, ohne jegliche Geschlechtsendung. — Folglich muß der obige Satz richtig so lauten: „In Mexiko ist die Lage der Arbeiterschaft sehr gedrückt (statt: eine sehr gedrückte).“

Ist denn der bemängelte Satz unter allen Umständen falsch? Nein, das ist er freilich nicht. Wichtig wäre er, wenn vorher davon die Rede gewesen wäre, daß man bei den Lagen, in denen sich die Arbeiterschaft befinden könne, gedrückte und solche, in denen man frei atmen könne, unterscheiden müsse, also zwei — oder vielleicht noch mehr Sorten. Will man nun angeben, zu welcher Sorte von Lagen die Lage der Arbeiterschaft in Mexiko gehört, so muß man sagen: Die Lage ist eine sehr gedrückte. Das will der Schreiber aber keineswegs: einteilen will er nicht, sondern nur sagen, wie bejammert die Lage ist.

Klarer wird die Sache dem Leser noch, wenn er sich vorstellt, er habe einen Koch mit Pfeffer vor sich, in dem die guten und schlechten gemischt sind. Die Obsthändlerin sagt dem Käufer, daß sie ihm die guten aussuchen wolle.

Dabei vergreift sie sich absichtlich oder unabsichtlich, der Käufer bemerkt es und sagt aus seinem ganz natürlichen Sprachgebrauch heraus: „Der Apfel ist aber ein schlechter.“ Das heißt er gehört zu den schlechten.

Wie die Fälle, wo man aus diesem oder jenem Grunde einteilen will oder muß, verhältnismäßig selten sind, so sollte die ihr entsprechende Ausdrucksweise auch verhältnismäßig selten sein. Statt dessen ist sie aber so gewöhnlich geworden, daß die Sprache in Gefahr ist, dadurch um eine ihrer Feinheiten gebracht zu werden. Also sagen wir getrost: Der Mann ist gut, statt: ein guter, und: der Andrang war gewaltig, statt: ein gewaltiger. Ebenso: diese Auswirkung auf das Gebiet positiver Erwägungen war nicht sehr glücklich, statt: keine sehr glückliche.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 25 des 26. Jahrganges. Dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die kommenden Landtagswahlen. — Ein neues China. — Von Paris. — Preußen und der Zollverein. Von Hermann Wendel. — Verfall der Klassenkampfs von Max von Th. Rothstein (London). (Fortsetzung.) — Die erste internationale Unternehmervereinigung gegen die Arbeiter. Von Emil Fischer. — Zum Thema „positive Heilung“. Von Karl Vöthke (Berlin). — Literarische Rundschau: W. B. Rindorff, Aufsatzreihe über Jahre hinter russischen Arbeitermannern. Von N. N. Voltaire. Von Ph. — Notizen: Nach in Russland. — Zeitungsbesprechungen.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 6 des 18. Jahrganges.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 $\mathcal{A}$; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 $\mathcal{A}$; unter Kreuzband 85 $\mathcal{A}$. Jahresabonnement M. 2.60.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 6. Diefelbe wird eingeleitet mit einem stimmungsvollen Gedicht „Karl Marx“. In seinem 25. Lebensjahr. Die Zeile: „entfaltet eine größere Arbeit Eubard Verheisen“, Karl Marx und sein Lebenswerk. Weitergehe ist dieser Abhandlung das Porträt Karl Marx. Aus dem weiteren Inhalt der Nummer erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Die Reichsfinanzreform mit Hinterzissen“ und „Die Teilung Marokkos“, sowie die Illustration „Der Reichsbankrott“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 $\mathcal{A}$.

Briefkasten.

Die nächste Nummer des „Grundstein“, Nr. 14, wird die Jahresabrechnung des Verbandes bringen. Da uns dann nur wenig Raum für den übrigen Stoff bleibt, so bitten wir unsere Berichterstatter, für diesmal nur das Allerwichtigste und auch dies in kürzester Form zu berichten.

* Bei einem uns durch F. S. Schulze zugegangenen Bericht fehlt die Ortsangabe, weshalb die Veröffentlichung unterbleiben muß.

Langensfeld, W. S. Den Bericht konnten wir nicht gebrauchen, weil das Papier auf beiden Seiten beschrieben war. Wenn man ein Blatt Papier in der Mitte einfrischt und dann auf der einen Seite die eine Hälfte und dann auf der anderen Seite die andere Hälfte beschreibt, so ist das ebenso, als ob beide Seiten voll beschrieben wären. Die eine Seite, nicht bloß die Hälfte davon, muß gänzlich frei bleiben. Es ist dies deshalb nötig, damit das Manuskript, wenn nötig, zerschritten werden kann, die einzelnen Teile an die Säger zu verteilen.

Wetterhusen, Nr. 42711. Da niemand umsonst arbeiten kann, so muß auch der Kostenantrag bezahlt werden, umsonst kann der Schloßmeister ausdrücklich den Auftrag dazu erhält und die Kosten dafür in Anrechnung der Kosten des angestrichenen Objekts nicht aufzubohren erscheinen.

Bornhorst, W. Gegen den abtenden Bescheid des Amtsamts kann Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Stargard i. Pom. erhoben werden. Erfolgt auch hier ein abtender Bescheid, dann Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft und gegen einen etwaigen abtenden Bescheid dieser Beschwerde beim Oberlandesgericht.

Erfurt, A. S. Am 3. 9. des Verbandes ist ausbrüchlich bestimmt, daß der wöchentliche Beitrag gezahlt werden muß, auch während der Karenzzeit, wenn vom Verband Krankengeldentwurf gezahlt wird.

Köln, W. Verlangte Artikel und Berichte veröffentlichte wir überhaupt nicht. Wenn Du mit „unveröffentlicht“ ungeklärt oder unverständlich meinst, können wir Dein Verlangen nicht erfüllen.

Lufenswalde. Berichte vom 15. Januar und noch dazu ohne Unterschrift können wir zum 1. April nicht mehr veröffentlichen.

Finthen. Das können wir nicht als Anzeige bringen, am besten wird es einem Veranlassungsbericht angefügt.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Hagenow. Den Kollegen zur Kenntnis, daß sich unser Verbandslokal jetzt im „Gewerkschaftshaus“, beim Gastwirt Schröder, Pantowstraße, befindet. Unsere Versammlungen finden jeden letzten Sonntagabend im Monat, abends 7 Uhr, statt. [M. 1.50] Der Vorstand.

Max Dorn aus Heilbronn wird dringend ersucht, seiner erkrankten Mutter sofort Mitteilung über seinen Aufenthalt zu geben. Kollegen, die mit ihm zusammenkommen, werden gebeten, ihn auf diesen Aufruf aufmerksam zu machen.

Der Kollege **Brüder aus Wich.** Verb.-Nr. 355 323, wird ersucht, seinen betagten Eltern seinen Aufenthalt mitzuteilen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden ersucht, seine Adresse dem Zweigvereinsvorstand in Hagenow mitzuteilen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgter Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt 1. A.)

Berlin. (Sektion der Puker.) Am 18. Februar starb unser Mitglied **Roman Bartik** in Bialow (Polen) im Alter von 34 Jahren an Halschwindel.

Am 21. März starb unser Mitglied **August Buchholz** im Alter von 63 Jahren an Lungenerkrankung.

Chemnitz. Am 15. März schied freiwillig aus dem Leben unser Verbandskollege **Anton Ohorn** im Alter von 58 Jahren.

Danzig. Am 19. März starb der Kollege **Hans Lauser** im Alter von 49 Jahren an Herzkrämpfen.

Dresden. Am 7. März starb unser Verbandsmitglied **Heinrich Berndt** aus Hartmannsdorf im Alter von 87 Jahren an Lungenschwindel.

Am 8. März starb unser Verbandsmitglied **Hermann Häscher** aus Hitten b. Königsberg im Alter von 56 Jahren an Herzkrankung.

Essen a. d. R. Am 19. März starb unser treuer Verbandskollege **Adolf Welzer** im Alter von 27 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Freiberg i. S. Am 16. März starb unser braver Verbandskollege **Ernst Louis Rostin** in Niederschöna im Alter von 37 Jahren an Lungenerkrankung.

Göttingen. Am 16. März starb unser treuer Verbandskollege **Christof Wedekind** im Alter von 64 Jahren an Lungenerkrankung.

Galle a. d. S. Am 19. März starb unser langjähriger Verbandskollege **Wih. Sander** im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung. Am 20. März starb der Verbandskollege **Albert Penningsdorf** ebenfalls im Alter von 60 Jahren.

Langen. Am 12. März verschied plötzlich infolge eines Unfalls unseres Verbandskollegen **Philipp Daubert** im Alter von 36 Jahren.

Leipzig. Am 18. März starb unser Verbandskollege **Hermann Hellmich** im Alter von 42 Jahren an Lungenschwindel.

Mainz. Gest. 21. März starb unser Kollege **Franz Kesselring** an der Proletarierkrankheit.

Moorburg. Am 19. März starb unser Verbandskollege **P. Behnke** aus Altenwärd in noch nicht vollendeten 19. Lebensjahre an Lungenschwindel.

Nowawes. Am 19. März starb nach langem Leben unser Verbandskollege **Richard Groth** im Alter von 35 Jahren an Lungenschwindel.

Posen. Am 14. März starb unser treuer Mitglied **Adalbert Sgnasiak** an Lungenerkrankung.

Warnehmünde. Am 19. März starb unser treuer Kollege **Heinrich Radloff** im Alter von 24 Jahren an Lungenerkrankung.

Chre-ihrem Andenken!

Aufforderung.

Der Maurer **Karl Pohlmann**, geb. 8. August 1873 zu Algenwalde, wird aufgeführt, seiner Familie Nachrich über seinen Aufenthalt zu geben. Etwasige Mitteilungen von anderen Kollegen nimmt der Vorstand des Zweigvereins Hameln entgegen. [M. 2.10]

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 29. März.

Bayreuth. Nachm. 3 Uhr in der „Zentralhalle“. Mitteilungsblätter mitbringen.

Burgdorf. Nachm. 4 Uhr im „Schützenhaus“. Wichtige Tagesordnung! Döbelsdorf. Nachm. 3 Uhr bei Döbels. Wichtige Tagesordnung!

Langenweizendorf. Nachm. 3 Uhr bei Sporn.

Schkeuditz. Nachm. 3 Uhr in Schkeuditz Restaurant.

Schönbörn. Nachm. 3 Uhr im Gasthof. Verschiedenes. Als Referent wird Kollege Kötter angewiesen sein.

Templin. Nachm. 3 Uhr im Gasthof des Herrn Jermum.

Wittstock. Nachm. 3 Uhr in der Herberge. Referent anwesend. Wichtige Tagesordnung!

Zehdenick. Nachm. 3 Uhr im Gasthof. Verschiedenes. Als Referent wird Kollege Kötter angewiesen sein.

Züllchau. Nachm. Punkt 3 Uhr bei Herrn Kötter. Referent anwesend.

Donnerstag, den 2. April.

Glogau. Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 5. April.

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung! Mitteilungsblätter mitbringen.

Woldenberg. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Mitteilungsblätter mitbringen.

Öffentliche Maurerversammlung.

Sonntag, den 29. März.

Lindau i. B. Nachm. 2 Uhr im „Gasthaus zum Hirschen“.

Zentral-Krankenhaus der Maurer usw.

Sonntag, den 29. März.

Pretlin. Mittags 1 1/2 Uhr bei Weder in Eichtenberg. T. D.: Was! eines Abgeordneten zur Generalversammlung. Verschiedenes.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.